

zen und „ein bewußter, durchaus rationaler, überlegter menschlicher Akt“ sein, den „ein starker, gelehriger und geübter Wille“ übernimmt. Indessen kann die Arbeit der Vernunft und des Willens nicht zu durchschlagender Wirkung gelangen, wenn nicht als Frucht und Erfüllung des sakramentalen Lebens irgendwann im Werdegang des jungen Menschen die Glaubensbegegnung mit Jesus Christus stattfindet und sein Personenzentrum ergreift und verwandelt. Je mehr wir in der Diasporalage, in der sich die Kirche heute allenthalben befindet, auf die Gemeinschaft der bewußten Erwählung des Christseins zugehen, desto mehr werden die geistlichen Erzieher in zeitgemäßem Verständnis der Exerzitien des hl. Ignatius von Loyola auf diese „Wahl“ hinführen müssen, eine Wahl freilich, die erst richtig erfolgen kann, wenn Jesus vor dem jungen Menschen steht und ihm die Augen öffnet: ICH bin der Weg, die Wahrheit und das Leben, ICH bin die Auferstehung, glaubst du das? Hat durch die priesterliche Vermittlung des Evangeliums dieses Gottes-ICH das ganze Bewußtsein des Menschen ergriffen, so werden die Wahrheiten und Lehren der Kirche mehr sein als das erlernte System einer umfassenden Weltanschauung, die mit anderen Weltanschauungen im Kampfe liegt.

4. Dann wird auch die sittliche Forderung, der Appell an das jugendliche Bedürfnis, Idealen nachzustreben und Großes für das Reich Gottes zu tun, an die persönlichen Gnadenerfahrungen anknüpfen und ihnen die Wege zeigen können, die praktischen und konkreten Wege, die von der Jugend selber gefunden und erprobt werden müssen, gangbare Wege mit erfüllbaren Forderungen. Das klingt fast nach einer kompromißfreudigen Anpassung an die Welt; gemeint ist aber eine Anpassung an das fortschreitende Wachstum des tätigen jungen Christen, der zuweilen mit dem Schlagwort einer „Inkarnation der katholischen Grundsätze“ überfordert wird. Andererseits darf man dem Willen zur harten und opferfreudigen Aktion nicht etwas von der Art eines bürgerlich-pietistischen Idealismus zumuten, der sich mit bloßer Innerlichkeit den sozialen Folgerungen entzieht. Nicht umsonst steht der Arbeiterpriester an der Spitze der jugendlichen Ideale (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 263). Der junge Mensch weiß zwar, daß das Leben in der Gnade mit dem lebendigen Christus ein außerordentliches Leben, ein Abglanz der Auferstehung ist, der jeden Christen zu einem „Licht der Welt“ machen sollte. Er wird indessen erst von ferne die ganze Wahrheit erfassen, daß letzten Endes ein solches Leben nur unter dem Kreuze sein kann. Es ist eine der allerschwersten seelsorgerlichen Entscheidungen des geistlichen Erziehers, wann er junge Menschen, die er in ihr wirkliches Leben geleitet, vor einer nicht mehr heilsamen Anpassung warnen und sie herausrufen muß in die freie Knechtschaft Christi, in das Leiden inmitten dieses Lebens im Gegensatz zur Welt, auch zur landläufigen Wirklichkeit der „christlichen“ Welt. Nur ein wahrhaft weltkundiger Seelsorger wird diesen Zeitpunkt richtig abschätzen können; nur ein ganz liebender Priester wird es dann vermeiden, den realistischen Weg in das Leiden für Christus an asketische Regeln zu binden, denen der Weltsinn der Jugend verschlossen bleibt. Erst im Erlernen und Einüben der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat, wird sich auch wieder der Sinn für eine Nachfolge in ordensmäßigen Formen der Ganzhingabe einfinden, aus der Erfahrung nämlich, daß die Früchte der „Aktion“ um so größer sind, je weniger wir aus uns selber handeln.

## Meldungen aus der katholischen Welt

*Aus dem deutschen Sprachgebiet*

### Grundsätze für das Programm des deutschen Fernsehens

Die kirchlichen Beauftragten der beiden Konfessionen in Deutschland haben den verantwortlichen Organen des deutschen Fernsehens „Grundsätze für das Programm des deutschen Fernsehens“ übermittelt, die gemeinsam von der Katholischen und Evangelischen Fernsehkommission erarbeitet worden sind. Die Grundsätze enthalten im Gegensatz zu den amerikanischen und italienischen Empfehlungen nur allgemeine Richtlinien, die den für das Programm Verantwortlichen genügend Raum für freie Entscheidungen lassen.

Die Grundsätze erinnern zunächst in Übereinstimmung mit dem Bonner Grundgesetz und den Rundfunkgesetzen der Länder an die Gewährleistung der Würde des Menschen, der verfassungsmäßigen Ordnung, des Sittengesetzes und des religiösen Empfindens „in jeder Äußerung des kulturellen, politischen und sozialen Lebens“. „Diese Grundsätze gelten auch für das deutsche Fernsehen.“

### *Der Mensch*

„Das Fernsehen ist grundsätzlich für alle da. Das bedeutet, daß verschiedenartige Ansprüche zu befriedigen sind. Dabei muß neben den aktuellen Sendungen und volksbildnerischen Aufgaben dem Eigenwert einer entspannenden Unterhaltung besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Das Programm darf dabei aber nicht eine so ästhetisierende, snobistische Tendenz annehmen, daß es allenfalls nur noch von wenigen Außenseitern angenommen wird, aber keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit mehr erheben kann. Es darf aber ebensowenig einen attraktiven Charakter anstreben, der seine Wirkung allein aus Reizbedürfnissen hernimmt, die der Würde des Menschen zuwiderlaufen.

### *Verfassungsmäßige Ordnung*

Das Fernsehen gibt durch seine Bildwirkung eine einzigartige Möglichkeit, Brücken zu schlagen zwischen Menschen der verschiedenen Klassen, Stände, Völker, Kulturen und Rassen. Kritik und Satire gehören zu den Freiheiten der Demokratie. Aber eine verantwortungslose und zersetzende Verächtlichmachung, die sich gegen die Grundlagen der staatlichen und rechtlichen Ordnung, deren Repräsentanten und Symbole wendet, muß im Fernsehprogramm vermieden werden.

### *Sittliche Lebensordnung*

Die sittliche Lebensordnung umfaßt alle mitmenschlichen Beziehungen. In diesem Sinne hat das Fernsehen die Aufgabe, alle Bestrebungen zu unterstützen, die das Verständnis füreinander, den Geist der Zusammenarbeit, die Toleranz und die Ehrfurcht vor dem Leben pflegen. Jede Darstellung verrohender und verhetzender Handlungen oder Darstellungen, die solche Wirkungen beim Zuschauer, vor allem bei Jugendlichen, hervorrufen können, haben daher im Fernsehprogramm keinen Platz.

Es darf vor allem nicht übersehen werden, daß die Ordnung des sexuellen Lebens heute besonders gefährdet ist. Zur Sendung eignen sich daher nicht Themen oder Einzelheiten unzüchtigen Charakters, sei es sichtbar im Bild, sei es in der Wirkung. Dazu gehören im wesentlichen Vorgänge auf dem Gebiet des Geschlechtlichen, soweit sie das



normale Schamgefühl verletzen. Das gleiche gilt für die Darstellung von Themen, bei denen durch Kleidung oder Handlung eine unmittelbare Beziehung zum Sexuellen in unzuchtigem Sinne hinzutritt.

Die Ehe darf nicht herabgewürdigt oder verhöhnt werden.

Die Darstellung von kriminellen Handlungen und von Verbrechermilieu ist dann zur Vorführung nicht geeignet, wenn diese sowie ihre Folgen als vorbildlich erscheinen, ferner wenn das Dargestellte geeignet ist, das sittliche Empfinden und Denken negativ zu beeinflussen, zur Nachahmung anzureizen oder in der Durchführung strafbarer Handlungen zu unterweisen.

#### *Schutz des religiösen Empfindens*

Das Fernsehen darf keine Sendungen ausstrahlen, die geeignet sind, den religiösen Frieden zu stören. Die Nennung und Darstellung Gottes, die Formen der kultischen Verehrung und der kirchlichen Symbole bedürfen besonderer Ehrfurcht und erfordern eine verantwortungsbewusste Gestaltung, Gotteslästerungen und die Verächtlichmachung und Herabwürdigung des Glaubens, die eine Verletzung des religiösen Empfindens darstellen, müssen unterbleiben.

#### *Familie*

Die Fernsehprogramme müssen einer positiven Einstellung zur Familie entsprechen. Das rechte Verhältnis zwischen Eltern und Kindern und die Stärkung des Verantwortungsbewusstseins im Blick auf eheliche Bindung und Familiengründung sollte ein besonderes Anliegen des deutschen Fernsehens sein. Die Programme sollten bestrebt sein, die Unterhaltung und die Eigenständigkeit in der Familie zu fördern.“

**Wegweiser durch das katholische Deutschland** Gleichzeitig mit dem im 70. Jahrgang vorliegenden „Kleruskalender“ brachte der Echter-Verlag, Würzburg, zum Jahresbeginn wieder einen „Wegweiser durch das katholische Deutschland 1955“ heraus (kartoniert, 2,20 DM). Nachdem sich die vorausgegangenen Jahrgänge bereits als unentbehrlich erwiesen hatten, wurde das Handbüchlein in der Neuauflage von zuletzt 130 auf 180 Seiten erweitert. Der Inhalt ist sehr übersichtlich gegliedert und bringt zunächst auf 43 Seiten eine Aufstellung der Hierarchie in Deutschland (Diözesen und ihre Besetzung, Domkapitel, Dekanate, Klerus und Zahl der Gläubigen, bischöfliche Lehranstalten und theologische Fakultäten nebst deren Besetzung). Es folgen die Orden und Kongregationen Deutschlands, die katholischen Verbände und Institute (angeführt vom Zentralkomitee und seinen Arbeitsstellen und Referaten), die Exerzitienhäuser, die caritativen Einrichtungen sowie Hinweise für Priesterunterkünfte in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien. Neu hinzugekommen sind auf 50 Seiten ein Verzeichnis der katholischen Verlage und Periodika sowie eine gedrängte Übersicht über die wichtigsten Neuerscheinungen an Büchern (vor allem religiöser Art) in den letzten zwei Jahren. Ein 27seitiger Überblick über die Hierarchie der Weltkirche, die obersten Kirchenämter, die päpstlichen Institute und die katholischen Lehranstalten beschließt den neuen Wegweiser.

Der deutsche Katholizismus ist zwar reich an Verbänden und Einrichtungen aller Art, aber seine zuständigen Institute haben bisher den ausländischen kirchlichen Hand-

büchern kaum etwas Gleichwertiges an Brauchbarkeit nach dem neuesten Stand entgegensetzen können; um so höher ist diese Initiative eines katholischen Privatverlags einzuschätzen.

**Das Geschichtsbild der Sowjetzone** Die Herder-Korrespondenz hat im vergangenen Jahr (8. Jhg., S. 205) einen Beitrag zum Sprachwandel in der deutschen Sowjetzone veröffentlicht, der die Umprägung der Sprache und ihre Anwendung als Mittel im Kampf des Weltkommunismus deutlich zu machen suchte. Eine ähnliche, sehr viel näher liegende Erscheinung liegt bei der Umformung des Geschichtsbildes in den kommunistischen Ländern vor. Ihre hauptsächlichsten Kennzeichen und die Entwicklung dieses Prozesses sind für die deutsche Sowjetzone unlängst von Jürgen von Hehn in der Zeitschrift „Europa-Archiv“ (9. Jhg. Nr. 19 vom 5. 10. und Nr. 20 vom 20. 10. 54) festgelegt und nachgezeichnet worden.

#### *Grundlagen, Ziel und Methodik*

Als allgemeine Charakteristika jeder heutigen Geschichtsschreibung hinter dem Eisernen Vorhang stellt von Hehn fest:

1. Die Grundlage der Geschichtsbetrachtung ist der historische Materialismus von Karl Marx. Formal wird das sowjetische Geschichtsschema, die Entwicklungsstufentheorie, übernommen, also: Urgemeinschaft — Sklaverei — Feudalismus — Kapitalismus — Sozialismus/Kommunismus (anstelle von Vorzeit — Altertum — Mittelalter — Neuzeit). Das Schwergewicht der Darstellung wird von der Außenpolitik auf die wirtschaftlichen Vorgänge verlagert, die — nach marxistisch-kommunistischer Anschauung — die politischen, sozialen und kulturellen Veränderungen bewirken.

2. Die Geschichtsschreibung dieser Länder ist bestrebt, alle Berührungspunkte ihrer Völker mit Rußland bzw. der Sowjetunion in den Vordergrund zu stellen und positiv zu bewerten.

3. Ihre Aufgabe und ihr Ziel ist in jedem Falle eine Stärkung der innerkommunistischen Ordnung.

4. Zur Methode: Bei der Verwirklichung dieses Zieles geht man etappenweise vor. Zunächst liberaler Kurs, dann radikaler Bruch mit dem traditionellen Geschichtsbild, Umwertung der alten Werte, schließlich Einbau nationaler Traditionen unter verändertem Vorzeichen in — kommunistisch gesehen — positivem Sinne.

Die Darstellungsform sucht Aktualisierung; die wissenschaftliche Basis wird zugunsten einer propagandistischen Auswertung aufgegeben.

#### *Der Appell an die deutsche Tradition*

In den ersten Jahren nach 1945, so schreibt von Hehn, konzentrierte sich das Hauptinteresse der SED zunächst fast ausschließlich auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, um den Führungsanspruch der SED historisch abzuleiten und zu rechtfertigen. Als dann nach 1949 der Deutschen Demokratischen Republik vom Kreml die Aufgabe der „Wiedervereinigung“ zudiktiert wurde, schien es den sowjetzonalen Machthabern zweckmäßig, nationale Traditionen in das in der Zwischenzeit ganz auf den historischen Materialismus abgestimmte Geschichtsbild einzubauen, um stärkeren Widerhall in den breiten Bevölkerungsschichten zu finden. Das geschah zunächst auf kulturgeschichtlichem Gebiet. In welcher Form und



Sprache, soll ein Ausschnitt aus einem Aufsatz zum 125. Todestag Beethovens vom März 1952 zeigen:

„In Beethoven verehren wir den genialen Sohn unseres Volkes, den unerschrockenen Kämpfer für den Fortschritt, den leidenschaftlichen Botschafter des Friedens . . . Wofür Beethoven kämpfte und was er für die Zukunft voraussahnte und erstrebte, das wurde durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution, durch die Sowjetmacht Wirklichkeit . . . Die amerikanischen Kulturbarbaren und ihre Lakaien schänden das Andenken Beethovens, indem sie Bonn, seine Geburtsstadt, für die verderbliche nationale Entwürdigung mißbrauchen. Jeder Patriot muß seine ganze Kraft einsetzen, damit diese Schmach an Beethovens Geburtsstadt durch den entschiedenen Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit beseitigt wird. . .“

Im Rahmen der Auseinandersetzung um die EVG-Verträge entschlossen sich dann die Machthaber der Zone, die deutschen militärischen Traditionen wieder zu beleben. Man beschränkte sich jedoch dabei nahezu ausschließlich auf die soldatischen Führer der Befreiungskriege, um an ihnen zu zeigen, wie der „Patriot“ auf die „Schandverträge“ (Tilsit/EVG) zu reagieren habe. Das Bild der „besten Männer Preußens“, Stein, Scharnhorst, Gneisenau, Arndt, Fichte usw. sei bisher von den Historikern völlig verzeichnet gewesen. Aufgabe der sowjetdeutschen Geschichtsschreibung sei es daher, „die große politische und vaterländische Bedeutung dieser Männer in ihrem vollen Glanz wiederherzustellen, damit sie für den Kampf um die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands allen ehrlichen, anständigen Patrioten ein leuchtendes Vorbild sein können. Auch dieses Studium bedeutet: Von der Sowjetunion lernen“ (Fritz Lange, Vorsitzender des ZK, in der „Täglichen Rundschau“, Juli 1952).

#### *Das „Hochschul-Lehrbuch für Geschichte“*

Wertung und Betonung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (zur Rechtfertigung des Regimes), der kulturellen Tradition (als Mittel zur „Wiedervereinigung“) und der Freiheitskriege (die aktuell-politisch im Kampfe gegen die EVG bzw. die Pariser Verträge und die Wiederbewaffnung ausgewertet werden) müssen als Fakten gesehen werden, die sich aus der besonderen politischen Situation der DDR in der Auseinandersetzung mit dem Westen ergeben.

Wie sieht nun das offizielle Bild der deutschen Geschichte nach vollzogener Revision in der Sowjetzone aus? — Bereits im Sommer 1952 setzte sich unter Leitung von Alfred Meusel ein „Kollektiv“ von Historikern zusammen, um das von der SED geforderte „Hochschul-Lehrbuch für Geschichte“ auszuarbeiten. Die Entwürfe für die Disposition der Darstellung wurden bereits von Fachzeitschriften veröffentlicht. Mit ihrer Hilfe sowie an Hand der Geschichtsbücher der Schulen lassen sich die Umrisse des Geschichtsbildes näher bestimmen. Auffallend ist bei diesem Bild, daß die älteren Epochen bedenkenlos unter moderne Fragestellungen gestellt und Begriffe von heute, wie „fortschrittlich“, „reaktionär“, „national“, „antinationale“, auf das Mittelalter übertragen werden. „Die Problematik geschichtlichen Geschehens wird durch einen wirtschaftlichen Zwangsprozeß ersetzt.“

#### *Das „Zeitalter des Feudalismus“ (Mittelalter)*

„Im Vordergrund der Betrachtung der Geschichte des Mittelalters, des ‚Zeitalters des Feudalismus‘, steht natur-

gemäß die Heranbildung und Entwicklung des Feudalsystems.“ Der Bauer wird zum „wichtigsten Lastträger der feudalen Gesellschaft“ gestempelt. Die Kämpfe zwischen Bauern und Bürgern und ihren „feudalen Unterdrückern“ sind „Klassenkämpfe“. „Die Bedeutung und Rolle des mittelalterlichen Kaisertums tritt völlig in den Hintergrund. Die Auseinandersetzung zwischen Kaisertum und Papsttum wird zum feudalen Machtkampf.“ Man übersieht die religiös-geistigen Kräfte oder deutet sie um. Über die cluniazensische Reform heißt es z. B.: „Ein hoher Entwicklungsstand der Produktivkräfte in den burgundischen und westdeutschen Klöstern . . . hat die Entstehung von Reformbewegungen zur Folge.“

Die deutsche Ostkolonisation wird unter dem Einfluß der Freundschaft mit den Volksdemokratien des Ostens und im Hinblick auf die Rechtfertigung der Oder-Neiße-Grenze gewertet. In den Dispositionen zum Hochschul-Lehrbuch der Geschichte heißt es: „In der ersten Etappe der deutschen feudalen Expansion gegen die Slawen bilden Plünderungen, Raub und Tribute die Hauptrolle der Expansionspolitik (Markgraf Gero) . . . In der zweiten Periode . . . sind Feudalherren, Kirche, Kaufleute an der Dezimierung der Slawen beteiligt . . . Im dritten Stadium liegt die Expansion vorwiegend in den Händen des in Palästina beschäftigungslos gewordenen Deutschen Ritterordens. Militärische Stützpunkte werden errichtet, von denen aus die Pruzen ausgerottet werden . . .“

#### *Die „frühbürgerliche Revolution“ (Reformation)*

Die Reformation wird als „frühbürgerliche Revolution“ charakterisiert. Ihre Bedeutung als religiöse Umwälzung „bleibt völlig unbeachtet“. Für die Historiker der Sowjetzone ist sie der „Aufstand gegen soziale Mißstände, den immer stärker werdenden Druck des Feudalsystems und vor allem als nationale Erhebung gegen die Ausbeutung des deutschen Volkes durch den päpstlichen Stuhl“. Luther sei mit seiner Haltung im Bauernkrieg zum „Reaktionär“ geworden; aus der „Volksreformation“ sei eine „Fürstenreformation“ geworden. Das Kernstück der Reformation ist für die ostzonale Forschung nicht der Thesenanschlag, sondern der Bauernkrieg von 1525. Nicht Luther ist ihr wirklicher Repräsentant, sondern Thomas Münzer, „der Führer der bäuerlich-plebejischen Bewegung, der sich durch seine klare revolutionäre Haltung weit über Luther hinausgehoben hat“. Sein Angriff galt nicht nur der „geistlichen Feudalität“, sondern „richtete sich gegen das Feudalsystem überhaupt“. Münzer sei daher „einer der größten Volkshelden der deutschen Geschichte“.

#### *Bedingungslose Verurteilung Preußens*

Die Zeit von 1648 bis 1789 wird als „Zeit der politischen Ohnmacht, der gehemmten Entwicklung des Manufakturkapitalismus und der langsamen Heranbildung von Bedingungen für die bürgerliche Revolution in Deutschland unter den Verhältnissen der zweiten Leibeigenschaft und des antinationalen einzelstaatlichen Absolutismus“ gekennzeichnet. Der brandenburgisch-preußische Absolutismus sei unter Friedrich Wilhelm I. zum „militärischen Despotismus“ geworden, nachdem er zuvor sein besonderes Kennzeichen durch den „nationalen Einfluß des getreide-exportierenden Junkertums“ gehabt habe. Der aufgeklärte Absolutismus sei nur der Versuch gewesen, „die revolutionäre Spitze der Aufklärung abzurechen und die Aufklärung der Feudalklasse dienstbar zu machen“. Sowohl



der Große Kurfürst wie Friedrich der Große werden als „volks- und reichsfeindlich“ abgelehnt. Preußen sei „niemals ein nationaler, sondern immer ein antinationaler, ein antideutscher Staat“ gewesen. „Aus dem Haufen deutscher Fürsten, die sich einander den Rang an Korruption und Niedertracht, an sittlicher Lasterhaftigkeit und nationaler Ehrlosigkeit abliefen, arbeitete sich das Haus Brandenburg an die Spitze. Die Geschichte seiner Herrscher kennt keine Höhepunkte, sie ist eine ewige Variante von Erbschleicherei und Prostitution der jeweiligen Regenten“ (Albert Norden).

#### *Das „Zeitalter des Kapitalismus“*

Die Französische Revolution leitet das Zeitalter des Kapitalismus ein, dessen Träger das Bürgertum ist. Sie wird anfangs positiv beurteilt. Napoleon wird als Vertreter der „Raubinteressen des französischen Großbürgertums“ charakterisiert. Seine Eroberungspolitik sei „wie die eines jeden Staates“ schließlich am nationalen Widerstand der Völker gescheitert. Wie oben angeführt, gilt dieser Epoche die besondere Aufmerksamkeit der sowjetzonalen Geschichtsschreibung, mit deren Hilfe Vergleiche mit der Gegenwart angestellt werden. Die Geschichte des Kapitalismus in Deutschland beginnt mit der Gründung des Zollvereins (1833). Von diesem Zeitpunkt ab folgt die sowjetzonale Geschichtsschreibung den Thesen von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

„Besonders schwierig war die Verbindung von marxistischer-nationaler Tradition für die sowjetdeutschen Historiker bei der Beurteilung Bismarcks und der Reichsgründung von 1871.“ Man versucht die Reichsgründung durch Bismarck möglichst abzuschwächen und sie „gewissermaßen als eine Art Vorbeugungsmittel gegen eine Revolution darzustellen“. Die Einheit sei schließlich zustande gekommen, „nämlich als sie für die herrschenden Klassen selbst notwendig wird“ (Norden). „Aber als sie proklamiert wird, trägt sie bereits alle Keime der nationalistischen Vergiftung in sich. Sie wird nämlich errungen nicht als Folge eines Volksaufstandes, nicht als Krönung eines Krieges gegen nationale Unterdrückung oder eines vaterländischen Klassenkrieges. Nein, der nationale Einheitsstaat Deutschland entsteht am Ende eines Krieges, der sich in einen reaktionären Annexionskrieg verwandelt hatte, und ausgerechnet der Fürst, der eigenhändig die Revolution 1848/49 niedergeschlagen hatte, deren Ziel die Errichtung der deutschen Einheit von unten her war, läßt sich von seinen fürstlichen Kollegen zum Kaiser proklamieren... Der deutsche Nationalstaat tritt gleichzeitig mit der Annexion Elsaß-Lothringens und der schmachvollen Unterdrückung von Millionen Polen in den östlichen Provinzen Preußens ins Leben... Hier sind wir bei den Wurzeln des unechten und perversierten Nationalbewußtseins breiter deutscher Volksmassen bis hinein sogar in die Reihen der Arbeiterklassen...“ (Norden).

#### *Die Weimarer Republik*

Bei der Beurteilung der Geschichte der marxistischen Parteien richtet sich die Kritik am stärksten gegen die SPD der Weimarer Republik. Besonders scharf werden Ebert, Scheidemann und Noske verurteilt, die für die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich gemacht werden. An der Haltung der SPD sei die von der KPD erstrebte Wiederherstellung der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gescheitert. „Das Urteil der sowjetdeutschen Historiker über die Gesamtgeschichte der Wei-

marer Republik geht davon aus, daß diese ein Staat imperialistischen Charakters gewesen sei.“ Der deutsche Monopolkapitalismus habe nach der Novemberrevolution mit Hilfe des amerikanischen Monopolkapitals schon bald wieder den Einfluß erlangt, den er vor dem ersten Weltkrieg besessen hatte. „Durch diese ‚Verschwörung‘ des deutschen und amerikanischen Monopolkapitals sei der Weg zum zweiten Weltkrieg gebahnt worden, während die Sowjetunion schon damals wie heute die festeste Stütze aller Friedenskräfte und der beste Freund aller für die Befreiung von nationaler und kapitalistischer Ausbeutung kämpfenden Volksmassen gewesen sei.“ An diesem Beispiel weist von Hehn wiederum darauf hin, wie die Geschichtsschreibung zur Rechtfertigung der gegenwärtigen kommunistischen Politik in der Sowjetzone herangezogen wird. „Die Grenze zwischen Wissenschaft und Propaganda wird weitgehend verwischt.“

#### *Aus Süd- und Westeuropa*

##### **Internationaler Caritas-Kongreß in Rom**

Vom 2. bis 8. Dezember 1954 fanden sich in Rom 1200 Vertreter caritativer Werke und Vereinigungen aus 30 Ländern zu einem Caritas-Kongreß zusammen. Es war nicht ohne tiefere Bedeutung, daß das Marianische Jahr mit diesem Caritas-Kongreß beschlossen wurde, da ja der Heilige Vater immer wieder den Wunsch geäußert hatte, dieses Jahr möge Werke der Caritas hervorbringen und in diesen Werken seine Dokumentierung finden.

Sosehr die Liebestätigkeit des christlichen Volkes und die Caritaswerke durch die besonderen Notstände und Verhältnisse des Landes geprägt sind, sollen sie doch dem Charakter der Kirche entsprechend weit und umfassend sein. Daher ist es verständlich, daß seit rund 50 Jahren danach gestrebt wird, für die übernationale Zusammenarbeit der Caritas die entsprechenden Formen zu finden. Anlässlich des Eucharistischen Weltkongresses in Amsterdam 1924 wurde die Organisation „Caritas Internationalis“ begründet. Die beiden Weltkriege hemmten die internationale Zusammenarbeit stark; aber gerade die großen Notstände im Gefolge der Kriege erwiesen dann, wie dringlich eine über das eigene Land hinausreichende, weltweite Organisation der Liebestätigkeit ist. Heute hat die „Caritas Internationalis“ in allen fünf Erdteilen ihre Landesgruppen. Jede von ihnen wahrt zwar ihre Selbständigkeit und Freiheit, indem sich ihre Tätigkeit und Organisation nach der Eigenart des jeweiligen Landes und Volkes gestaltet. Aber die Zusammenfassung der Caritas-Landesgruppen in einer Organisation ist heute allgemein gewünscht und anerkannt; sie wird von höchster kirchlicher Stelle gutgeheißen und gefördert.

#### *Die Aufgaben der Caritas in der Welt von heute*

Der erste große Kongreß der „Caritas Internationalis“ in Rom zeigte, wie vielseitig und bedeutsam das Aufgabengebiet kirchlicher Liebestätigkeit heute ist. Schon seit Jahren hatten sich einzelne Sektionen gebildet mit speziellen Aufgabengebieten in der Wohlfahrtspflege. So werden unter den Caritasvertretern der Länder und der betreffenden Vereinigungen die Erfahrungen auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendfürsorge, der Flüchtlings- und Auswandererhilfe, der Gesundheitsfürsorge und der Bekämpfung der Suchtgefahren, der Gefangenenfürsorge beraten und ausgetauscht. Dazu kamen bei dem Kongreß in Rom erst-



malig Arbeitsgemeinschaften über caritative Altershilfe und über Caritasfragen in den Missionsländern. Zu allen diesen Fachgebieten brachten die Beratungen während der Kongreßtage wertvolle Anregungen. Es kam nicht nur zu einem gegenseitigen Austausch und zur Fühlung unter den ehrenamtlichen und beruflichen Helfern der verschiedenen caritativen Organisationen und Einrichtungen, sondern auch zur Erarbeitung von Stellungnahmen und Richtlinien zu den verschiedenen akuten Fragen heutiger Wohlfahrtspflege.

In der Generalversammlung wurde der umfassende Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs, Msgr. Carl Bayer, entgegengenommen und eine Reihe von Organisationsfragen geklärt. Die Arbeit der Sektionen wurde besprochen sowie die Zusammenarbeit der „Caritas Internationalis“ mit der UN und deren Gliederungen; es geht dabei um die Mitwirkung bei internationalen Kongressen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege und bei großen Hilfsaktionen. — Die bisher für die Organisation Verantwortlichen wurden wiedergewählt: weiterhin ist Msgr. Ferdinando Baldelli, Italien, der Präsident der „Caritas Internationalis“, Msgr. John O'Grady, Amerika, deren Vizepräsident, Dr. H. L. M. Sark, Holland, Schatzmeister und Msgr. Carl Bayer der Generalsekretär. Im Exekutiv-Komitee sind ferner Vertreter aus Belgien, Kanada, Deutschland, Frankreich, Portugal und Spanien; auch Asien, Afrika, Australien und Südamerika sind in ihm vertreten.

Daß die Beratungen über die Wirksamkeit und die heutige Gestalt christlicher Liebestätigkeit innerstes Anliegen der Kirche ist, wurde deutlich durch die Teilnahme von vier Kardinälen am Kongreß. Kardinal Piazza sprach in der Schlußversammlung des Kongresses aus, daß die Caritas in der gegenwärtigen Stunde der Kirchengeschichte „vor einer neuen Blütezeit“ stehe. Diese Erwartung erscheint vor allem berechtigt im Hinblick auf die großen Caritasaufgaben in den Missionsgebieten.

Ein weiterer Zusammenhang erhellt die Bedeutung der Caritas in der Gegenwart: im Ringen um friedvolle Verständigung der Völker hat die Caritas sich heute zu erweisen als das „vereinigende Element in unseren internationalen Beziehungen“, wie Msgr. Baldelli in der Schlußversammlung sagte. „Die Verschiedenheit der Sprachen, der Traditionen, der politischen Verhältnisse sind Elemente, die die Nationen trennen. Die in Christus gründende Caritas aber ist eine sichere Grundlage und ein beherrschender und wirksamer Faktor für die Vereinigung der Nationen.“

#### *Die Stellung der Caritas in der modernen Gesellschaft*

Über die Stellung der kirchlichen Liebestätigkeit im heutigen Staat sprach der Erzbischof von Bordeaux, Msgr. Paul-Marie Richaud.

Das Wort des heiligen Paulus im 1. Brief an die Philipper, worin er sie mahnt, daß ihre Liebe nicht aufhören möge, daß sie beständig zunehmen an Weisheit und Einsicht, hat auch für die Christen heute Geltung und stellt an ihre Caritas die gleichen Forderungen. Auch das heutige soziale Leben verlangt notwendig nach der Caritas und vermehrt beständig ihre Aufgaben. Wohl erleben wir, daß die Caritas in der Welt weithin nicht mehr verstanden und gewertet wird; viele meinen, kirchliche Liebestätigkeit sei durch die staatlicherseits aufgebauten Hilfsorganisationen überflüssig geworden inmitten der wohlorganisierten Gesellschaft des 20. Jahrhunderts; weit-

hin wird angenommen, daß die Systeme der sozialen Sicherung auch dem Schwächeren sein Recht verschaffen und ihn vor der Verdemütigung des Almosens bewahren. Die „Nächstenliebe“ des Christentums wird vom System des Kommunismus radikal abgelehnt, ja bekämpft; sie hat im Weltbild des Materialismus keinen Platz. So kann das Daseinsrecht der Caritas nur in der Auseinandersetzung mit den geistigen Irrlehren der heutigen Zeit erkannt und verteidigt werden.

Viele fragen, ob die Gerechtigkeit nicht die Caritas ablösen könne und ob sie nicht der Würde des Menschen mehr entspreche als die Caritas. Dagegen steht die Erfahrung, daß die Caritas immer wieder die beste Schule der Achtung vor dem Menschen ist, ja daß nur die Gottesliebe, das Wissen um den gemeinsamen liebenden Vater eine wahre Brüderlichkeit unter den Menschen herzustellen vermag. Jedes andere System, das von dieser Bindung des Menschen an Gott abbrückt, gefährdet die Würde des Menschen. Gerechtigkeit im wahren Sinn ist nur da möglich, wo die Menschen von sich, von ihren Interessen abrücken und den andern an ihre Stelle „setzen“ können, indem sie ihn lieben. Gerechtigkeit und Liebe stehen sich nicht entgegen; sie bedingen sich gegenseitig; die Gerechtigkeit ist die nächstliegende Form, den andern zu lieben, indem ich ihm zugestehe, was ihm zukommt.

Die christliche Liebe ist der eigentliche Schlüssel zum sozialen Verstehen. Dieser Zusammenhang ist in den sozialen Enzykliken der Päpste oft dargelegt worden. Leo XIII. versichert in den Erwägungen zur Lage der Arbeiter in der modernen Gesellschaft, daß „das Heil nur von einem neuen Aufbrechen der Liebe zu erwarten“ sei; Pius XI. zitiert das Wort des hl. Thomas: „Die wahre Befriedigung wird stärker begründet durch die Ordnung der Liebe als durch die Ordnung der Gerechtigkeit.“ Pius XII. braucht das eindrucksvolle Bild, das diese Lehre verdeutlicht: indem er die Caritas als „die Quelle der Gerechtigkeit“ bezeichnet. So sei zur sozialen Befriedigung unserer Zeit nichts nötiger, nichts aktueller als die Caritas.

Msgr. Jean M. Hanssen, Bischof-Koadjutor von Roermond (Holland), ergänzte diese Gedanken.

In der Geschichte der Caritas sei zu beobachten, daß die Caritas immer wieder das soziale Leben beeinflusse; oft genug geht die Initiative des Einzelnen oder das caritative Werk, das in den öffentlichen Raum hineingestellt ist, in die sozialen Maßnahmen der modernen Gesellschaft ein. „Die Caritas von gestern ist die Gerechtigkeit von heute.“ Was gestern caritative Aufgabe war, kann heute Domäne der sozialen Gerechtigkeit werden. Diese Entwicklung ist richtig und gut, wenn die persönliche Initiative Raum behält und nicht unterdrückt wird von der öffentlichen Autorität; die Verantwortung der Einzelnen muß wach bleiben und darf nicht alles dem Staat überlassen; zudem sollte der Staat die übernommenen Aufgaben so erfüllen, wie es der Lebensanschauung der Bürger entspricht. Nur wenn das rechte Gleichgewicht und die Harmonie gesichert sind, kann die Initiative der Caritas in der rechten Weise in das soziale Leben eingehen.

#### *Forderungen an die christliche Liebestätigkeit von heute*

Zur Frage, was von der christlichen Caritas heute besonders zu verlangen und zu erwarten sei, gab der Kongreß wichtige Hinweise.

Die Caritas muß in der gegenwärtigen Stunde umfassend sein. Das Elend hebt sich heute grausamer als früher ab gegen den Wohlstand, den die Fortschritte der modernen



Technik ermöglichen; sie stehen unvermittelter nebeneinander. Auch gelangt die Not — oft durch große Katastrophen verursacht — der Allgemeinheit schneller zur Kenntnis als früher. Die Folgen der Erdbeben, der Epidemien, der Vertreibungen beunruhigen allgemein. Die Christen müssen ihre Herzen offenhalten für den Anruf der Not. Es besteht heute die Gefahr, daß wir uns beruhigen mit dem Gedanken an die für die Aufgaben der Hilfe und Unterstützung zuständigen Stellen. In seiner Weihnachtsbotschaft von 1952 hat Pius XII. zu dieser Frage Stellung genommen und sie als „die große Versuchung“ bezeichnet. Immer wieder wurde auf dem Kongreß das Wort des Heiligen Vaters zitiert: „In einer Zeit, die sich mit Nachdruck sozial nennt und in der außer Kirche und Staat auch die öffentlichen Gemeinwesen und andere freie Organisationen sich stark mit sozialen Problemen beschäftigen, ist es selbst für die Gläubigen eine große Versuchung, den Armen, der an unsere Tür klopft, kurzerhand an das Hilfswerk, das Büro, die Organisation zu verweisen in der Meinung, daß man seine persönliche Pflicht vollauf erfüllt habe durch die Mitgliedschaft in jenen Organisationen oder durch freiwillige Spenden. Zweifellos wird der Bedürftige eure Hilfe auf diesem Wege erhalten; aber oft zählt er auch auf dich selbst, auf das gute Wort, den persönlichen Beistand. Eure Caritas muß jener gleichen, die Gott uns erzeigte; er kam in seinem Sohn, um uns zu helfen“ (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 172). In dieser Mahnung ist ausgesprochen, daß die persönlich geübte Caritas immer den Ehrenplatz im christlichen Leben behalten soll. Freilich ist damit nicht gemeint, daß die Caritas auf Organisation verzichten solle; gerade heute können viele Anregungen nur nützlich durch gemeinsame und vereinigte Anstrengungen verwirklicht werden. Freilich müssen dabei die caritativen Werke den heutigen sozialen Verhältnissen angepaßt sein.

#### *Akkommodation der Caritas*

Die caritative Hilfe muß sich daher auf die sozialen Verhältnisse des jeweiligen Landes einstellen, damit sie wirksam dort helfen kann, wo ein drängender Notstand ist. Bei der schnellen Entwicklung des sozialen Lebens in den meisten Ländern ist es daher notwendig, daß die caritativen Vereinigungen immer wieder ihre Methoden überprüfen, gegebenenfalls auch ihre Statuten ändern und untersuchen, ob die bisherige Aufgabenstellung noch zutreffend ist. Neue Notstände müssen beachtet werden. Die caritative Hilfe muß sich um tieferes Eindringen in ihre Aufgaben bemühen, wenn sie sich neben anderen Trägern und Organen der Wohlfahrtspflege behaupten und Achtung sichern will. Sie muß den Ursachen der Not nachgehen, muß die Situation der Familie und das soziale Milieu erforschen, sich der neuen psychologischen und soziologischen Erkenntnisse bedienen. Sie wird Spezialorganisationen für einzelne Aufgaben entwickeln und ein gutes Zusammenwirken der caritativen Werke und Vereinigungen anstreben müssen. Nur so wird das Ziel echter Hilfe erreicht werden können: den einzelnen wieder zur Selbständigkeit zu führen und ihm voranzuhelfen.

#### *Der moderne Mensch und die Caritas*

Die Helfer der Caritas stehen heute dem modernen Menschen gegenüber, der ein starkes Selbstbewußtsein hat. Das ihm zuerkannte Recht auf Leben, auf die Unverletzlichkeit seiner Person, auf die Verteidigung seiner Ehre weckt das Bestreben, für sich und seine Familie selbst ein-

zustehen. Um eine Gabe bitten zu müssen oder ein Almosen zu empfangen, lehnt der heutige Mensch vielfach ab. Ihm ist von der Öffentlichkeit — jedenfalls in Deutschland — das Recht auf Hilfe zugestanden. Dieser Grundhaltung richtig zu begegnen, ist eine bedeutsame Aufgabe der Caritas. Der caritative Helfer wird anstreben, den Menschen aus der Unselbständigkeit herauszuführen und ihn auf den Weg zur Selbsthilfe zu bringen. Sie wird jedoch auch dem heutigen Menschen die Einsicht nicht vorenthalten dürfen, daß die Haltung des Bittens und Empfangens seine Würde nicht verletzt, sondern seinem eigentlichen Wesen, dem des Geschöpfes, entspricht.

#### *Kirchliche Liebestätigkeit und staatliche Wohlfahrtspflege*

Der Kongreß behandelte weiterhin die Frage des Verhältnisses von kirchlicher Liebestätigkeit und staatlicher Wohlfahrtspflege. Hier zeigte sich freilich, daß jeweils aus den Verhältnissen des Landes und der Tradition der an Volk und Land gebundenen Caritas gesprochen wurde.

Der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Prälat Alois Eckert, Freiburg, stellte zu dem Thema vor allem heraus, daß kirchliche Caritas und staatliche Wohlfahrtspflege keine Gegensätze sind, sondern beide ihre Berechtigung und die ihnen gemäßen Aufgaben haben. Sie stehen nebeneinander, nicht gegeneinander; sie müssen einander ergänzen. Caritas ist die notwendige Lebensäußerung des Christen und der christlichen Gemeinde; sie ist ein Teil des kirchlichen Lebens und muß wie dieses sich frei und unabhängig entfalten können. — Der Staat und das öffentliche Gemeinwesen haben nach christlicher Auffassung als Wesensaufgabe die Förderung des irdischen Gemeinwohles. Sie müssen eintreten, wenn die Kräfte des einzelnen zur Sicherung seines irdischen Wohles und zur Erreichung seines Lebenszieles nicht ausreichen und die Nächstverpflichteten ihm nicht entsprechend beistehen können. In unseren Zeiten ist überdies die Restitutionspflicht des Staates bei den durch politische Katastrophen — wie Krieg — und durch staatliche Maßnahmen — wie Geldentwertung — verursachten Notständen deutlich geworden. Gleichzeitig wurden die Gefahren spürbar für die Entwicklung der öffentlichen Fürsorge: Die großen Wellen der Not führen eine Vermassung der Bedürftigen herbei; die fürsorgliche Gesetzgebung schwillt an, und der Apparat der staatlichen Fürsorge vergrößert sich. Der Schwerpunkt der Hilfe wird leicht in der Regelung materieller Fragen gesehen. In der Bevölkerung schwindet das Empfinden dafür, daß der einzelne Mensch zur Hilfe für den Notleidenden verpflichtet ist, denn die Fürsorge wird mehr und mehr als alleinige Aufgabe des Staates betrachtet.

Es muß daher angestrebt werden, daß staatliche und kommunale Fürsorge mit der Freien Liebestätigkeit zu organischer Zusammenarbeit kommen. Voraussetzung dafür ist — von seiten des Staates —, daß der Staat keine Monopolansprüche auf die Durchführung der Fürsorge erhebt; er muß bereit sein, der organisierten Caritas das ihr gemäße Feld der Mitarbeit einzuräumen; er muß sie als gleichberechtigten Partner auf allen Gebieten der Fürsorge anerkennen. Er sollte die besonderen Möglichkeiten der Caritas im Bereich erzieherischer und pflegerischer Aufgaben am hilfsbedürftigen Menschen besser erkennen, daher die freien Kräfte fördern, stärken und unterstützen; er soll auch die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege benutzen. Ihre Aufgaben muß die Caritas in freier Selbst-



verantwortung und in Selbständigkeit durchführen können. Aus finanzieller Hilfe durch den Staat dürfte keine Beeinträchtigung der Freiheit und Eigenart caritativer Arbeit erfolgen und kein übersteigertes Kontroll- und Aufsichtsrecht abgeleitet werden. In der deutschen Fürsorge-Gesetzgebung ist dieser Grundsatz der Subsidiarität deutlich ausgesprochen.

Von der kirchlichen Wohlfahrtspflege ist für eine geordnete Zusammenarbeit mit der staatlichen Wohlfahrtspflege zu fordern, daß sie auf allen Gebieten zielbewußt ausgebaut und systematisch organisiert ist. Die nötigen Einrichtungen der kirchlichen Liebestätigkeit müssen geschaffen werden, um den verschiedensten Gruppen der Hilfsbedürftigen zu dienen. Der verbandsmäßige Zusammenschluß dieser Einrichtungen ermöglicht laufende Beratung und Förderung. Auch sind selbständige Ausbildungsstätten nötig, um Berufskräfte für die kirchliche Caritas und ihre Einrichtungen zu schulen. Die Zusammenfassung kirchlicher Liebeswerke, wie sie seit mehr als 50 Jahren im Deutschen Caritasverband herbeigeführt wurde, hat sich bewährt.

Aber auch die bestgeordnete Caritas-Organisation bedarf — nach einem Wort des Heiligen Vaters (Weihnachtsbotschaft 1952) — der Helfer, die zur Begegnung mit dem Bruder, zur persönlichen Hilfe bereit sind. Daß die kirchliche Caritas immer wieder die barmherzigen Menschen, die liebeerfüllten Christen wecken und ins Volk senden kann, ist der eigentliche große Dienst, den sie auch dem heutigen Staat leistet.

Aus dem Erfahrungsbereich kirchlicher Liebestätigkeit in den Vereinigten Staaten hob Msgr. O'Grady hervor, daß es nötig sei, von Fall zu Fall Programme für gemeinsame Planungen zwischen den staatlichen Stellen und den Freien Wohlfahrtsorganisationen aufzustellen; eine Konzentration der Kräfte und eine wirksame Tätigkeit sei der Freien Organisation so am ehesten möglich.

#### Krise des italienischen Kommunismus?

In Italien haben sich sowohl Kommunisten wie Regierung zur Verteidigung der Demokratie gerüstet. Die Regierung, indem sie endlich versucht, gegen die Kommunisten vorzugehen und besonders die enormen illegalen Einnahmequellen der Partei zu verstopfen, die Kommunisten, indem sie die Regierung der Illegalität beschuldigen und alle „ehrlichen Menschen“ auffordern, gegen die antikommunistischen Maßnahmen zu kämpfen, denn „in dieser Atmosphäre können die freiheitlichen Institutionen nicht blühen und die nationale Eintracht sich nicht festigen“, wie im Schlußkommuniqué der 4. Parteikonferenz zu lesen steht (nach „Neue Zürcher Zeitung“, 17. 1. 55). Auf dieser Parteikonferenz, die vom 8.—15. Januar in Neapel abgehalten wurde, forderten sowohl der erste Parteisekretär Longo wie andere Abgeordnete einen energischen Kampf zur Verteidigung der Verfassung.

#### Der neue Kurs

„Der Kampf für die Verteidigung und Rettung der verfassungsmäßigen Freiheiten“ war auch zentrales Thema des „Kongresses des süditalienischen Volkes“, der im Dezember des vergangenen Jahres in Neapel stattfand. „Das Programm der Bewegung der Wiederbelebung“, verkündete hier ein linkssozialistischer Abgeordneter, „ist weder kommunistisch noch sozialistisch, sondern einfach demokratisch, und diejenigen, die es bekämpfen, verraten sich

schon allein dadurch als Gegner der Demokratie.“ Mit dieser Taktik hoffen die Kommunisten, den Kreis ihrer bürgerlichen Mitläufer zu erweitern und immer tiefere Einbrüche in die zum Teil noch konservative Landbevölkerung zu erzielen. Darum soll über marxistische und internationale Ziele und Direktiven soviel wie möglich geschwiegen und es sollen gemeinsame legale Interessen betont werden. In den Vorlesungen eines der kommunistischen Schulungsinstitute (in Bologna) lesen wir: „Vermeiden wir die heftige und sterile Polemik über abstrakte und fernliegende Probleme, die nur zu einer Verschärfung der Beziehungen zwischen uns und den anderen Parteien führt, . . . konzentrieren wir uns auf diejenigen Dinge, die alle Volksschichten gleichmäßig interessieren, und suchen wir möglichst viele Gelegenheiten, gemeinsam zu marschieren.“ Auf diesen Ton ist auch die Propaganda gegen die Kirche abgestimmt. Die Kommunisten knüpfen hier an den traditionellen liberalen Antiklerikalismus an, vermeiden aber sorgfältig eine offene Diffamierung der Religion als solcher. In diesem Punkt haben sie ein ziemlich leichtes Spiel, denn einen Satz wie „an Gott glaube ich schon, aber die Geistlichen taugen alle nichts“ kann man in Italien von Leuten aus allen Schichten und den verschiedensten politischen Richtungen hören. (Man darf nicht vergessen, daß das Papsttum hier für viele Jahrhunderte eine politische Rolle gespielt hat, die den herrschenden Tendenzen zuwiderlief, und daß es der politische Gegner der Einigung Italiens war. Die Wunden aus diesem Kampf sind noch längst nicht verheilt.) So findet auch die kommunistische Erklärung, daß hinter dem Eisernen Vorhang nicht die Religion verfolgt werde, sondern nur jene Geistlichen, die eine volksfeindliche Politik betreiben, leicht Gehör. Trotz dieser Verfeinerung der Propaganda ist aber aus dem Dialog mit den Katholiken, nach dem die Kommunisten seit einiger Zeit so eifrig streben, nicht viel geworden. Togliatti hat diese Tatsache auf der Parteikonferenz ausdrücklich beklagt und darauf bestanden, daß die Bemühungen, gemeinsame Sache mit den Katholiken zu machen, fortgesetzt werden müßten. Sie bilden einen wichtigen Punkt in dem Programm einer gemäßigten „demokratischen“ Politik, die, der sowjetischen Haltung der Malenkov-Episode entsprechend, die offizielle Linie der italienischen kommunistischen Partei bildet.

#### Innerparteiliche Auseinandersetzungen

Freilich scheint es, als seien nicht alle Kreise der Partei mit dieser Linie ohne weiteres einverstanden. Man hat anläßlich der Parteikonferenz in italienischen und ausländischen Zeitungen viel von einer Krise, ja von einer schweren Krise, innerhalb der kommunistischen Parteiführung Italiens geschrieben. Diese Spekulationen basieren vor allem auf einem Flugblatt, das während der Konferenz verteilt wurde und in dem schwere Anklagen gegen die Partei- und Gewerkschaftsführung sowie gegen die Parteipresse erhoben wurden. Es wurden ihnen Mangel an revolutionärer Aktion, Kollaborationismus und Opportunismus, Cliquenwirtschaft und Korruption vorgeworfen. Der Verfasser des Flugblattes war angeblich der zweite Parteisekretär, Pietro Secchia. Togliatti hat sich in seiner Schlußrede ziemlich ausführlich mit dem Flugblatt befaßt, es aber ironisiert und behauptet, es sei von parteifeindlichen Kreisen mit Hilfe der Polizei eingeschmuggelt worden. Tatsächlich waren Anzeichen für eine Krise in den offiziellen Reden des Parteitags kaum zu bemerken, obwohl die demokratische Presse sich bemühte, aus ver-



einzelnen Kritiken der Redner eine Spaltung herauszulesen. Vielleicht gehörte diese Kritik in den Rahmen der für das kommunistische System typischen Autokritik, die einen Teil des dialektischen Systems ausmacht — vielleicht warf der Konflikt Malenkov—Chruschtschow auch hier schon seine Schatten voraus.

Allerdings wurde wenige Tage nach dem Parteitag Secchia als Parteisekretär abgesetzt. Longo jedoch, der ebenso wie Secchia einer der Scharfmacher der Partei ist, wurde als erster Sekretär bestätigt, und Secchia selbst als Parteivorsitzender in die Lombardei geschickt, also auf einen der wichtigsten strategischen Posten. Das sieht mehr nach einer der ebenfalls üblichen Umgruppierungen der Kräfte aus als nach einer Ausbootung. Man sagt übrigens, Secchia sei nach Mailand geschickt worden, um dem neu ernannten Erzbischof, Msgr. Montini, der bereits der „Erzbischof der Arbeiter“ genannt wird, Schach zu bieten. Den wirklichen Hintergrund der Vorgänge zu beurteilen, ist aber sehr schwer. Jedenfalls ist nach diesem Parteikongreß ein verschärfter Kampf gegen die Pariser Verträge und die Westeuropäische Union zu erwarten sowie eine fortgesetzte Opposition gegen alle Pläne der Regierung zur wirtschaftlichen Sanierung Italiens, einschließlich des langfristigen Vanoni-Plans.

#### *Schwenken die Arbeiter ab?*

Abgesehen von den Vorgängen auf dem Parteitag stützt sich die Hoffnung der antikommunistischen Parteien aber auch auf den Niedergang der roten Gewerkschaft in Italien. Von 90% im Jahr 1949 sank der Anteil der Kommunisten in den Gewerkschaften auf 60% (nach „Europe Magazine“, 26. 2. 54, zitiert in „Le Monde“, 30. 12. 54). Es ist sehr gut möglich, daß ein Teil dieses Rückgangs tatsächlich ein echtes Abschwenken eines Teils der Arbeiter bedeutet. Es mag sein, daß manche von ihnen der leeren Versprechungen, vor allem auch der politischen Streiks, die vor einigen Jahren an der Tagesordnung waren, müde geworden sind und durchschaut haben, daß ihre unmittelbaren Interessen politischen, letzten Endes sowjetischen Zielen geopfert werden. Handelt es sich aber wirklich um einen echten Niedergang im Ausmaß der offiziellen Zahlen? Man darf nicht vergessen, daß im Januar 1954 Amerika sich entschloß, Aufträge nur an solche Firmen zu vergeben, deren Gewerkschaftsräte nicht kommunistisch waren, und daß man sogar bereits vergebene Aufträge zurückzog. Regierung, demokratische Gewerkschaften und amerikanische Botschaft vereinigten sich in der Beobachtung des Experiments. So wurde zum Beispiel im vergangenen Oktober bei der größten Munitionsfabrik Italiens, den chemischen Werken Bombrini, ein Auftrag zurückgezogen, der 18% ihrer Produktion ausmachte. Die Firma kündigte achthundert Arbeitern mit der Erklärung, daß die politische Haltung des Gewerkschaftsrats für die Entwicklung verantwortlich sei. Daraufhin wurden in der Fabrik, in der die rote Gewerkschaft 68% der Stimmen innehatte, Neuwahlen veranstaltet, und es ergab sich eine Mehrheit von 78% für die demokratischen Gewerkschaften. Hören aber diese Arbeiter, die unter dem Druck der Notwendigkeit demokratisch stimmen, auf, Kommunisten zu sein? Gehören sie nicht weiter zum Machtreservoir der Partei? Außerdem fragt man sich in Italien, ob es nicht bei derartigen Verschiebungen den Kommunisten gelingt, einen Teil ihrer Leute in die nichtkommunistischen Stellungen hineinzubringen oder jedenfalls dort in verstärktem Maß ihren Einfluß geltend zu machen. Die kom-

munistische Politik ist hier auch ohne Eisernen Vorhang recht undurchsichtig.

#### *Der Kampf gegen den Kommunismus*

Jedenfalls scheinen im Kielwasser dieser amerikanischen Entscheidung sowohl die Regierung wie Privatunternehmen einen gewissen Mut im Kampf gegen die Partei geschöpft zu haben. In diesen Zusammenhang gehört die Meldung, daß Ende des vergangenen Jahres die Fiat-Werke in Turin eine politisch fundierte Erhöhung ihrer Gehälter ankündigten, d. h. diese Erhöhung jenen Arbeitern verweigerten, die der kommunistischen Gewerkschaft angehören. Das ist um so erstaunlicher, als bisher die italienischen Industriellen nur allzu eifrig waren, durch Zahlungen an die Partei einen Scheinfrieden in ihren Werken herzustellen. Diese Zahlungen bildeten einen beträchtlichen Beitrag zu den Parteikassen, und ihre Einstellung würde einen wichtigen Sieg im Kampf gegen den Kommunismus bedeuten.

Ein neuer Abschnitt dieses Kampfes begann im Oktober 1954, als die diesbezüglichen Vorschläge des Abgeordneten Togni mit einer wilden Schlägerei im Parlament endigten. Inzwischen hat die Regierung Scelba aber doch einiges getan, um die Einnahmen der Partei zu kontrollieren und wenn möglich zu drosseln. Es handelt sich vor allem um die Untersuchungen über die illegalen Finanzpraktiken von Gemeinde- und Provinzverwaltungen in der Emilia, der Toskana und der Lombardei. Sie begannen mit der Untersuchung über die Beziehungen zwischen den Lokalbehörden und dem staatlichen Steuerpachtinstitut (INGIC) in Arezzo: Kommunistische Funktionäre ließen den Parteikassen Gelder zufließen, die für die städtischen und Provinzialverwaltungen sowie für das Finanzministerium bestimmt waren. Eine weitere Geldquelle der Partei bestand in einer Art von Kontrolle, die die Kommunisten über den Handel zwischen Italien und den kommunistischen Ländern ausübten, und aus der ihnen ebenfalls Milliarden von Lire zufließen. Diese Kontrolle ist nun unterbunden. Außerdem richtet sich die Aufmerksamkeit auf die Genossenschaften, die oft nichts als getarnte Vereine zur Bereicherung der Partei sind, und auf die Schmiergelder, die von Firmen, denen öffentliche Arbeiten oder Lieferaufträge erteilt worden sind, an die Funktionäre der beiden Linksparteien entrichtet werden. Bei all diesen Vorgängen stehen jedoch wieder einmal die verwickeltesten Interessen auf dem Spiel, und die Korruption ist keineswegs auf die Kommunisten allein beschränkt. Es bleibt also abzuwarten, ob hier wirkliche Erfolge erzielt werden. Ebenso fragt es sich, ob man die einzelnen Austritte aus der Partei, die sich allerdings zu häufen scheinen, als ein weiteres Zeichen für eine Krise des italienischen Kommunismus auffassen kann.

#### *Die Lage der Landbevölkerung im Süden*

Der wichtigste Kampf geht in Italien heute nicht um die Industriearbeiter, sondern um die Landbevölkerung. Im Gegensatz zu den Industriearbeitern, die, wenn sie nur Arbeit haben, ganz gut gestellt sind, befinden sich die Landarbeiter, Pächter und Halbpächter nicht selten in einer Lage, die sie zu einer Art von stumpfen Lasttieren erniedrigt. Das gilt sogar für weite Bezirke in Nord- und Mittelitalien, wo allerdings der Besitzer des Landes oft ein ebenso armer Teufel ist wie der Pächter: zwei Familien leben von einem Stückchen Land, das bei allem Fleiß nicht einmal für eine von ihnen genug abwirft. (Dennoch bleibt



der Besitzer der auf sozialer Ebene unerreichbare „padrone“.) Dabei ist die Halbpacht, das klassische italienische System, keineswegs das schlechteste. Hier beteiligt sich im allgemeinen der Besitzer auf irgendeine Weise an der Produktion, entweder durch Kapital oder durch technische Kompetenz. Viel schlimmer liegen die Dinge in Unteritalien und Sizilien. Dort ist der Eigentümer an seinen Ländereien oft völlig desinteressiert, und er überläßt den Pächtern nichts als die nackte Erde. Zugrunde liegen Verträge, die sich seit Jahrhunderten nicht geändert haben und der tatsächlichen Situation nicht im geringsten entsprechen. Die Armut und der Tiefstand der Landbevölkerung ist hier für westeuropäische Verhältnisse einzig dastehend. In Sizilien z. B. herrscht eine derartige Unterernährung, und die hygienischen Zustände sind infolge des chronischen Wassermangels so schlecht, daß noch heute 7% der Bevölkerung an Trachom leiden. Andererseits ist hier die kleine Bourgeoisie noch völlig von Klassenvorurteilen beherrscht, und jede staatliche Fürsorge trägt den Stempel des „Almosens“. Darum ist es z. B. schwer, eine Schulspeisung durchzusetzen. Die Kinder nehmen nicht daran teil, obwohl sie hier viermal in der Woche Fleisch erhalten, während es zu Hause vielleicht einmal im Monat auf den Tisch kommt. In Sizilien existiert auch noch das Problem der Kinderarbeit. Sogar die Arbeitslosen, die bereit sind, weit unter dem gesetzlichen Lohn zu arbeiten, sind den Unternehmern noch zu anspruchsvoll. Bei ihnen besteht die Gefahr, daß sie sich von der kommunistischen Zelle überreden lassen, keine Quittung auf 1200 Lire auszustellen, wenn sie nur 600 erhalten! Bis vor kurzem waren allerdings in Unteritalien Elend und Unwissenheit so groß, daß nicht einmal die Kommunisten die Mauer der Apathie durchdringen konnten, und noch heute wird der Fremdling aus Norditalien wie der Abgesandte einer höheren Macht begrüßt, ganz gleich, ob es sich um einen kommunistischen Aktivist, einen Vertreter für Rasierklingen oder einen demokratischen Abgeordneten handelt. Nur daß die letzteren sich in diese Regionen offenbar seltener verirren als die ersteren. Die Erfahrung zeigt, daß es wohl der Mühe wert wäre. So passierte einem Abgeordneten der Saragat-Partei, einem einflußreichen, der Regierung sehr nahestehenden Mann, Folgendes: Nachdem er in einem kleinen Ort in Kalabrien eine Rede gehalten hatte, wurde er noch am Abend fast mit Gewalt in zwei andere Orte geschleppt und mußte dort unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung noch einmal sprechen, und am Ende seiner Rede brachten die Mütter ihre Kinder herbei, damit er sie berühre. — Die demokratischen Parteien haben aber bisher die politische Aufgabe, die Unteritalien ihnen stellt, noch kaum angerührt. Darum bringen ihnen auch ihre sozialen Reformen keinen unmittelbaren politischen Erfolg, im Gegenteil. Das Landproletariat, das sich dank der Reformen endlich bewußt wird, daß es seine elende Lage nicht einfach als Naturnotwendigkeit hinnehmen muß, stimmt nun nicht mehr für diejenigen Kandidaten, die ihm vom Grundherrn oder Bürgermeister bezeichnet werden, sondern häufig für die Kommunisten. Diese nutzen im Gegensatz zu den Regierungsparteien die politischen Möglichkeiten, die sich hier bieten, weidlich aus. Sie organisieren auch hier ihre Zellen, die sich wie ein Netz über das ganze Land legen, sie schicken Leute aus dem Norden, die etwas von Landwirtschaft verstehen und die wie Missions- oder Fastenprediger von Ort zu Ort reisen, sie befürworten einen Regionalismus, um die zentrale Ge-

walt der Regierung zu untergraben (während sie gleich nach dem Krieg, als Hoffnung auf einen Umsturz bestand, zentralistisch waren); sie sabotieren die Reformen, wenn das möglich ist, und schüren die Unzufriedenheit, wenn diese Reformen nur langsam vorrücken. Unleugbar sind in Süditalien Fortschritte gemacht worden. Die Kredite der Cassa del Mezzogiorno machen sich wohltätig bemerkbar. Straßenbau, Sorge für neue Schulen und unentgeltliche Unterrichtsmittel, vermehrte ärztliche Fürsorge usw. fangen an, das Niveau zu heben, was u. a. auch aus der Statistik für die italienischen Ausgaben im Jahr 1953 hervorgeht: die Ausgaben für Lebensmittel sind in Süditalien prozentual bedeutend stärker gestiegen als im übrigen Italien. Aber der Fortschritt ist langsam. Vor allem die Landreform stößt auf stärkste Hindernisse. Die Besitzer können die Enteignung anfechten, und viele Anträge werden zur Bearbeitung zugelassen. So sagen die Leute, das Gesetz über die Landreform sei zu dem Zweck gemacht worden, den Advokaten Brot zu liefern. Zum Teil widersetzen sich die reichen sizilianischen Barone auch mit Gewalt der Übernahme des Landes durch die Bauern, und diese, durch jahrhundertelanges Elend mutlos gemacht, geben nach. „Den Armen die Armut, den Reichen der Reichtum“ — dabei bleibt es für sie. Was die Beziehungen zwischen Besitzern und Pächtern bzw. Landarbeitern angeht, so bestehen zwar Kommissionen zur Festsetzung gerechter Verträge, aber sie haben, wie „La Stampa“ in einem Artikel vom 14. 12. 54 betonte, noch in keinem einzigen Fall funktioniert. Und sie müßten nicht nur funktionieren, sondern auch die Durchsetzung der Beschlüsse überwachen können.

Die Regierung Scelba ist zur Zeit bemüht, ein neues Gesetz sowohl über landwirtschaftliche Verträge wie über die Landreform im allgemeinen einzubringen. Aber die Vorbereitungen für dieses Gesetz drohen sich nicht nur in die Länge zu ziehen, sondern auch die Regierungsparteien zu spalten. Die Diskussionen drehen sich hauptsächlich um die Schwierigkeit, bis zu welchem Punkt das Privateigentum, das durch die Verfassung garantiert ist, respektiert werden muß. Scelba versucht, wenn schon nicht den Gesetzentwurf für die Landreform, so doch wenigstens den über die Verträge in absehbarer Zeit einzubringen. Die Kommunisten weisen das ganze Projekt als unzulänglich zurück. Inzwischen fahren sie fort, in weiten Gebieten die Bauern durch Terror zu beherrschen. In der Emilia z. B., und nicht nur dort, gehört Heroismus dazu, ohne Partei ausweis Landarbeiter oder Pächter zu sein. Zu leicht findet der Nichtkommunist seine Reben durchschnitten oder seinen Heuschober in Flammen.

#### *Steuerskandale*

Den größten Erfolg, den der Kommunismus im vergangenen Jahr für sich buchen konnte, haben ihm aber wiederum seine Gegner geliefert. Wir meinen die Steuererklärungen, die wieder in der Presse veröffentlicht wurden und die den Skandal von 1953 wiederholten. Industrielle, Filmschauspieler, Latifundienbesitzer, Kaufleute, die bekanntesten unter den Ärzten und Anwälten gaben Zahlen an, die, wie jedermann weiß, einen lächerlichen Bruchteil ihres wahren Einkommens darstellen. Um nur einige Beispiele aus der römischen Liste zu nennen: der berühmteste italienische Filmkomiker, der nicht nur einen Film nach dem anderen dreht, sondern auch Produzent seiner Filme ist, gab als steuerpflichtiges Einkommen 12 Millionen Lire (80 000 DM) an, die bekannte Film-



schauspielerin Anna Magnani 2 Millionen (ca. 13 000 DM). Der Fürst Torlonia, den der Fiskus auf 799 Millionen Lire geschätzt hatte, behauptet, ein Einkommen von weniger als 11 Millionen zu haben. Ein Chirurg, der für eine einzige Herzoperation 1 Million Lire (ca. 6700 DM) verlangt, gab 10 Millionen an. Es gibt auf diesen Listen nur ganz wenige rühmliche Ausnahmen, die ein angemessenes Einkommen versteuern, so etwa der Großindustrielle Marzotto, der für seine vorbildliche soziale Einstellung bekannt ist.

Im Februar 1954 kündigte Scelba ein Gesetz zur Reform der Steuereinzahlung an, in dem für schwere Fälle von Steuerhinterziehung Gefängnisstrafen vorgesehen waren. Im März wurde dieser Entwurf vom Ministerrat gebilligt. Seitdem aber ist nichts mehr geschehen.

Solange diese Situation sich nicht ändert, solange es nicht wenigstens den praktizierenden Katholiken dämmert, daß eine derartige Steuerhinterziehung unter den gegebenen politischen und sozialen Verhältnissen zu den himmel-schreienden Sünden gehört, vertraut man besser nicht auf eine Krise des italienischen Kommunismus.

**Um die spanische Pressezensur** Am 8. Januar veröffentlichte die Zeitschrift der Katholischen Aktion in Spanien, „Ecclesia“ (Nr. 704), ein Editorial als Antwort auf eine Rede des spanischen Ministers für Information und Tourismus, Gabriel Arias Salgado, in der dieser anlässlich des 2. Nationalen Kongresses der spanischen Presse in Barcelona am 12. 12. 54 die spanische Pressezensur in ihrer derzeitigen Form unter Hinweis auf päpstliche Äußerungen zu rechtfertigen versucht hatte. Arias Salgado stellte außerdem unter bestimmten Voraussetzungen eine Lockerung der Zensur in Aussicht. In der zweiten Dezemberhälfte wurde dann — nach einer Meldung von NCWC News Service vom 25. 12. — bekannt, daß der Informationsminister ein Gesetz vorgeschlagen habe, das dem Staat das Recht gibt, die Chefredakteure von Zeitungen zu benennen; den Verlegern solle dabei ein Vorschlagsrecht eingeräumt werden. Die Chefredakteure würden dem Staat direkt verantwortlich sein, was zur Folge hätte, daß die bisher geübte Vorzensur wegfallen würde. In der Antwort von „Ecclesia“ heißt es u. a.:

„Zwar ist es eine Beruhigung, daß in unserm Lande weder eine antikatholische noch eine offen pornographische Presse besteht. Auch anerkennen wir gerne die Aufgabe der Presse als soziale Institution, die den höchsten Forderungen der öffentlichen Wohlfahrt dient. Gleichermassen stimmen wir der Ansicht des Informationsministers zu, daß die Presse als System eines radikalen Liberalismus zu beanstanden wäre, die ihren Einfluß ohne Anerkennung von höchsten Wahrheiten, von Moral und Recht ausüben würde, Voraussetzungen, die unerlässlich sind, wenn ein allgemeines Chaos vermieden werden soll. Zu einem großen Teil versucht Minister Salgados Erklärung daraus den Eingriff des Staates in den Bereich der Presse zu rechtfertigen, indem die Funktion des Staates als Wächter der öffentlichen Wohlfahrt hervorgehoben wird . . .“

Das seien jedoch nicht die eigentlichen Fragen, um die es sich dreht. Diese lauten vielmehr: „Welche Rolle spielt die öffentliche Meinung in bezug auf die Wahrheit und das Wohl des Volkes? Welche rechtlichen Beziehungen müssen die Aussprache zwischen öffentlicher Meinung und Regierung leiten?“

Das Editorial fährt dann fort: „Die Presse hat eine unschätzbare Verantwortung im Erfassen und Widerspiegeln

der wahren öffentlichen Meinung. Gerade durch sie kann ja zum guten Teil eine Meinung erst ‚öffentlich‘ werden. In dieser Hinsicht haben die Zeitungen eine hohe und eindeutige Pflicht . . .“

„Wenn die wahre Meinung des Volkes ihren freien Ausdruck finden soll, muß auch die Presse notwendigerweise die gleichen Rechte beanspruchen, sofern das Allgemeinwohl nicht gefährdet wird. Doch muß auch dieses nicht unbedingt mit dem übereinstimmen, was die Regierung unter ‚Allgemeinwohl‘ versteht . . .“

„Der Staat handelt, und seine Handlungen lösen ein Echo aus. Wenn dieses Echo nicht bekundet werden darf oder von Regierungsfunktionären fabriziert wird, dann ist das nicht öffentliche Meinung, sondern Fiktion . . .“

Die freie Aussprache bedeute keineswegs einen Angriff auf die Rechte der Behörden. Wenn es einem Gesetzgeber nützlich ist, daß seine gute Tätigkeit anerkannt und hervorgehoben wird, dann ist ihm nicht weniger damit gedient; wenn Ungerechtigkeit oder Irrtum dank freier Diskussion vermieden werden kann. Die Zensur könne gegebenenfalls ihre Berechtigung finden, sofern sie nicht willkürlich gehandhabt wird. Bei ihrer jetzigen Anwendung bedeute sie nicht weniger als eine Mißachtung von Artikel 12 der spanischen Verfassung, der vorsehe, daß alle Spanier ihren Gedanken freien Ausdruck geben dürften, wenn sie nicht gegen die fundamentalen Prinzipien des Staates gerichtet seien.

Die sogenannten „Weisungen“, durch die die Zeitschriften gezwungen werden, die Meinung des Staates als ihre eigene hinstellen, werden als ein Attentat auf die Rechte der menschlichen Person verurteilt. In Übereinstimmung mit dem Hirtenbrief des spanischen Primas vom 16. 6. 1950 besteht „Ecclesia“ darauf, daß der freie Ausdruck der öffentlichen Meinung das Erbe einer ausgewogenen Gesellschaftsordnung sein müsse. Das Argument der Regierung, es seien nicht genügend Männer vorhanden, die eine konstruktive Aussprache zwischen Regierung und Öffentlichkeit durchführen könnten, wird dabei entschieden zurückgewiesen.

Die Wirkung dieser Antwort war nach übereinstimmenden Meldungen der internationalen Presse insofern ungewöhnlich, weil kaum jemand zu diesem Zeitpunkt mit ihr gerechnet hatte. Nachdem wenige Tage später der Bischof von Málaga, Msgr. Herrera Oría, die Kontroverse zwischen Arias Salgado und „Ecclesia“ in einem eigenen Hirtenbrief behandelt hat und in diesem sich ohne Abstriche hinter die katholische Zeitschrift stellt (veröffentlicht in „Ecclesia“, Nr. 708 vom 5. Februar), kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das Editorial von „Ecclesia“ im Einvernehmen mit den Vertretern des Episkopats abgefaßt wurde, deren Meinung es widerspiegelt.

#### **Kirchliches Presseapostolat in Spanien**

Der spanische Episkopat beschloß auf seiner letzten Sitzung zu Beginn dieses Jahres, die schon seit Jahren bestehende, aber bisher ziemlich bedeutungslose kirchliche Nachrichtenagentur „Prensa Asociada“ („Vereinigte Presse“) wesentlich zu aktivieren. Für das „Amt für Information und Statistik der Kirche in Spanien“, das sich zuletzt durch die Herausgabe des Handbuchs „Guía de la Iglesia en España“ verdient gemacht hat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 64), wurde zugleich ein Beirat geschaffen, dem die Katholische Aktion, die Nationale Ordensvereinigung, der „Bund der Freunde der Erziehung“, die Missionswerke und die Jesuitenzeitschrift „Fomento Social“ mit je



einem Vertreter angehören. Die Leitung der Presseagentur übernimmt nunmehr Dr. Jesús Iribarren, der Direktor des kirchlichen Informationsamtes, der schon seit 15 Jahren in der katholischen Publizistik Spaniens eine maßgebliche Rolle spielt; im Herbst 1954 mußte er wegen seines scharfen Kampfes für die Pressefreiheit auf Verlangen des Informationsministers von seinem Posten als Chefredakteur der führenden katholischen Wochenschrift „Ecclesia“ zurücktreten. In der Aktivierung der katholischen Agenturarbeit ist möglicherweise ein Versuch zu sehen, das bestehende Nachrichtenmonopol der offiziellen Agentur „EFE“ von kirchlicher Seite her zu umgehen und die zahlreichen katholischen Tageszeitungen und Zeitschriften mit eigenem Material zu versorgen. Darauf deuten auch die Ausführungen des Apostolischen Nuntius in Spanien, Erzbischof Antoniutti, hin, der bei dem Antrittsbesuch des neugegründeten Beirats die Bedeutung der neuen Nachrichtendienste „für die größere Wirksamkeit der apostolischen Aktion der Kirche“ hervorhob.

**Um die politische Einheit der niederländischen Katholiken**

Die Herder-Korrespondenz hat im vergangenen Jahr mehrmals über die politischen Auswirkungen des Hirtenbriefes vom 30. Mai 1954 auf die Katholiken der Niederlande berichtet (8. Jhg., S. 513 und 551). Wie erinnerlich, war durch das bischöfliche Mandat besonders der linke Flügel der niederländischen Katholiken, der z. T. aktiv in der sozialistischen Einheitspartei, der Partij de Arbeid, mitarbeitete, vor die Frage gestellt worden, im Sinne der Weisungen des Epikopats zur politischen Einheit der Katholiken in den Niederlanden beizutragen. Die Katholieke Volks Partij, die Partei der konservativen Katholiken des Landes, hatte ihrerseits eine Reorganisation zugesagt. Nach einer Meldung der Katholischen Niederländischen Presseagentur (KNP) wurden Mitte Januar die Verhandlungen zwischen den beiden Flügeln wieder aufgenommen, wobei die Glaubensgrundsätze als Einheitsprinzip für beide Richtungen zugrunde liegen sollten.

Als erstes Ergebnis dieser Verhandlungen konnte der Vorsitzende der Katholischen Arbeiterbewegung, Jan Middelhuis, am 1. Februar mitteilen, daß die katholischen Arbeiter der Niederlande keine eigene katholische Partei gründen werden. Die katholische Volkspartei habe dem Wunsch der katholischen Arbeiterbewegung, die mit 400 000 Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft des Landes ist, nach größerer Einflußnahme entsprochen. Danach sollen ab 1956 sieben von 30 Parlamentsabgeordneten der katholischen Partei von den katholischen Arbeitern gestellt werden. Außerdem sollen den Arbeitern in den Provinz- und Stadtparlamenten des Landes mehr Sitze zugesprochen werden.

Jos Maenen, ein führender Funktionär der Katholischen Arbeiterbewegung der Niederlande, hatte bereits im Herbst auf einer Tagung in der Provinz Limburg erklärt, die Christianisierung des öffentlichen Lebens, die in dem Brief der Bischöfe gefordert werde, sei nicht nur im Bereich der sozialen Organisationen zu verstehen. Auch eine politische Aktivität sei dazu erforderlich. — Er sagte damals: „Für einige KAB-Mitglieder und sicher noch viele Arbeiter außerhalb der KAB mag die Gründung einer eigenen katholischen Arbeiterpartei erstrebenswert scheinen. Die Leiter der KAB jedoch denken keine Minute an die Gründung einer eigenen Partei, die auf Kosten unserer politischen katholischen Einheit gehen würde.“

**Zur Unterredung zwischen dem Patriarchen Alexius und Malenkow**

Vier Wochen nach Veröffentlichung des Religionserlasses des Zentralkomitees der KPdSU (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 155 f.) wurde

Patriarch Alexius von dem Vorsitzenden des Ministerrats, damals noch Malenkow, empfangen (11. 12. 54). Über Inhalt und Ergebnis der Besprechungen ist nichts bekannt geworden.

Die Bedeutung dieses Ereignisses wurde schon dadurch unterstrichen, daß es nicht nur von der regierungsamtlichen „Iswestija“, sondern auch auf der ersten Seite der von Chruschtschow kontrollierten parteiamtlichen „Prawda“, ja sogar der „Komsomolskaja Prawda“ gemeldet wurde.

Die erste Zusammenkunft des Oberhauptes der russischen Kirche mit dem sowjetischen Regierungschef fand im Jahre 1943 statt. In der Not des Krieges, als Stalin die Unterstützung der gläubigen Bevölkerung brauchte, bedeutete diese Unterredung den großen Wendepunkt in der sowjetischen Religionspolitik. Es fällt auf, daß heute sich sowohl die Regierungsspitze (Malenkow) als auch die Parteispitze (Chruschtschow) so öffentlich mit der Kirche befassen.

Offensichtlich stehen die jüngsten Ereignisse auf dem Gebiet der sowjetischen Religionspolitik in engstem Zusammenhang mit der Außenpolitik des Kreml. Aber man darf sie nicht lediglich auf ihre außenpolitischen Wirkungen hin betrachten. Daß die religionspolitischen Maßnahmen der Sowjets nur taktischer Art sind und mit einem Gesinnungswechsel der Sowjets nichts zu tun haben, wird von niemandem bestritten, am wenigsten von den Sowjets selbst. Aber so sehr Stalins Entgegenkommen damals nur Taktik war, so reale Verbesserungen hat diese Taktik doch für das kirchliche Leben im Gefolge gehabt. Der auffallende Zusammenhang mit den politischen Unternehmungen ist folgender:

- 23. 10. Sowjet-Vorschlag eines Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa;
- 10. 11. Erlaß des ZK der KPdSU über die „Fehler bei der Durchführung der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda“;
- 13. 11. Sowjet-Note an die europäischen Mächte: Einberufung einer Konferenz der europäischen Mächte für Freiheit und Sicherheit in Europa zum 29. 11.;
- 29. 11.—2. 12. Moskauer Konferenz der Ostblock-Staaten „für Freiheit und Sicherheit in Europa“;
- 9. 12. Antwortnote der Sowjet-Regierung auf die Noten der Westmächte vom 29. 11.;
- 10. 12. Veröffentlichung eines vom 7. 12. datierten Aufrufs der russischen Kirchenleitung in der „Iswestija“;
- 11. 12. Patriarch Alexius von Malenkow empfangen.

Der ideologischen Absicherung der Maßnahmen, die den russischen Gläubigen die tatkräftige Unterstützung sowohl der sowjetischen Außenpolitik als auch des neuen Kurses der Innenpolitik (erneute Bevorzugung der Schwerindustrie, womit es mit den Bemühungen um einen höheren Lebensstandard ein Ende haben dürfte) erleichtern sollen, dient die in den theoretischen Zeitschriften fortgesetzte (und aus der zentralen Presse weitgehend herausgenommene) „atheistisch-wissenschaftliche“ Propaganda („Voprosy filosofii“, Nr. 6/1954; „Kommunist“, Nr. 13/1954 u. a.). In diesem Zusammenhang steht wohl auch



die einen Tag (am 9. 11.) vor Veröffentlichung des ZK-Erlasses erfolgte Verleihung des Lenin-Ordens an den 81-jährigen Direktor des Museums für Geschichte der Religion und des Atheismus bei der Akademie der Wissenschaften, den Gelehrten und Schriftsteller W. D. Bontsch-Brujewitsch.

### Aus Amerika

#### Die Lage in Argentinien

In Argentinien hat sich in den letzten Wochen nichts Neues im Sinne von neuen Maßnahmen und Gesetzerlassen ereignet, außer daß das Ehescheidungsgesetz durch die Unterschrift Peróns am 23. Dezember in Kraft getreten ist. Danach dürfen sich gerichtlich geschiedene Ehepartner nach Ablauf einer Frist von einem Jahr wieder rechtlich verheiraten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 206). Die Entlassung Geistlicher oder aktiver katholischer Laien aus dem Unterrichtswesen geht weiter.

Man beginnt aber allmählich, einen klareren Überblick über die Vorgänge und ihre mutmaßlichen Hintergründe zu gewinnen.

Seit seiner Machtübernahme 1946 schien sich der Diktator Perón auf drei „Pfeiler“ zu stützen: die Arbeiter, die Gewerkschaften und die Kirche. Das Regime hatte Kirchen und Bischofsitze erbauen lassen und den Religionsunterricht zum Pflichtfach erklärt. Noch vor etwas mehr als einem Jahr hatte Perón selber auf dem Mai-Platz in Buenos Aires eine Marienstatue mitgekrönt. Die argentinischen Katholiken konnten also wohl überrascht sein, als sich dieses gleiche Regime plötzlich als der Religion gegenüber völlig indifferent demaskierte, und es sich zeigte, daß die Unterstützung der Kirche bloße Taktik war. Der „Peronismus“, wie sich die argentinische Staatsform selber nennt, hat keine eindeutige Ideologie. Nun denken verschiedene Kenner der Lage, daß der gegenwärtige Konflikt mit der Kirche die Regierung wohl dazu drängen könnte, eine endgültige Wahl zwischen einer echten christlichen Demokratie, einem ultranationalen Staat und einer kommunistischen Diktatur zu treffen.

Man vermutet, daß zum mindesten eine der Wurzeln der plötzlichen Attacken und Ausfälle gegen Kirche und Klerus in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes zu suchen ist. Peróns erster Fünfjahresplan hat das Land an den Rand des Ruins gebracht. Er muß nun den zweiten lancieren. Da der erste sich nur durch eine strikte Lohn-erhöhungsdrosselung bei den Arbeitern und weitgehende Sozialisierungen hat durchführen lassen, haben sich die sozialgesinnten Priester in der Tat genötigt gefühlt, in der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften gegen die falschen sozialen Prinzipien des Regimes aufzutreten und die christliche Soziallehre zu verbreiten. Das ist natürlich eine Tätigkeit, die das peronistische Regime mit Besorgnis erfüllt. Das Inter-American Bulletin, das vom Interamerikanischen Regionalverband der Internationalen Liga der Freien Gewerkschaften herausgegeben wird, schrieb im Dezember: „Wenn wir an die konstruktiven Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen Elementen der katholischen Kirche und der Arbeiterbewegung in Costa Rica, Kolumbien, Chile, Guatemala, Paraguay, Britisch-Honduras, Surinam und anderen Ländern denken, verstehen wir die Gründe für Peróns Feindseligkeit wohl.“

Dazu kommt, daß in der Regierung Peróns einige Männer ausgesprochen kirchenfeindlicher Tendenz sitzen,

denen Perón unter dem Druck dieser Verhältnisse gern freie Hand läßt: der Vize-Minister Admiral Teisaire, der Innenminister Borlenghi, der Erziehungsminister Mende San Martín und der Sekretär Raul Mende. Unter ihrem Schutz führen — nach der Meinung der von Jesuiten geleiteten Zeitschrift „Revista Cattolica“ — freimaurerische und marxistische Elemente einen Feldzug der Untergrabung der Stellung der Kirche und der antireligiösen Propaganda; die Presse der Hauptstadt hat das im Dezember deutlich bewiesen. Zu den Machenschaften zum Schaden der Kirche gehört es auch, daß die Leiterin des peronistischen Frauenverbandes, Suzanne de Noava, die Mitglieder der ihr unterstehenden Verbände durch ein Rundschreiben aufgefordert hat, in die katholischen Verbände einzutreten bzw. in ihnen zu bleiben, um zu sehen, was darin vorgehe. Sie sollen auch zur Beichte gehen, um zu hören, was der Klerus im Beichtstuhl zur Haltung gegenüber der Regierung sagt!

Es scheint, daß die Regierung auch gewaltsame Maßnahmen gegen Kirchen und Klöster geplant hatte. Anfang Dezember wurden verschiedene Kirchen und Klöster polizeilich bewacht. Durch eine Intervention des Apostolischen Nuntius und der argentinischen Hierarchie konnten aber weitere Gewaltmaßnahmen verhindert werden, von seiten des Staates wohl auf Grund der Einsicht, daß er mit solchen Schritten auch die noch zögernden Katholiken zur endgültigen Stellungnahme gegen sich zwingen würde. Diesen Erfolg hat die Enthaltung von weiteren scharfen Maßnahmen denn auch gehabt: die große Masse der Katholiken Argentiniens hat sich noch nicht gegen das Regime gestellt. Man glaubt vielmehr, Perón wolle nur Eindruck auf die Kirche machen, die die einzige organisierte unabhängige Macht im Lande ist; an eine wirkliche Verfolgung will man noch nicht glauben.

„Le Monde“ hat sich in der Tat am 2. Februar aus Buenos Aires melden lassen, daß der Konflikt zwischen Kirche und Staat in Argentinien in nächster Zeit durch ein Abkommen zwischen beiden beendet werden solle. Nach dieser Meldung sollen soeben Besprechungen mit diesem Ziel zwischen dem argentinischen Außenminister Jerónimo Remorino, dem Handelsminister Antonio Cafiero und dem Apostolischen Nuntius Msgr. Mario Zanin stattgefunden haben.

### Aus den Missionen

#### Die Christen, die unter Buddhisten leben. Missionsgebetsmeinung für April 1955

Der Kommunismus hat in China den Buddhismus ohne Mühe äußerlich gleichgeschaltet und bemüht sich, den tibetischen Lamaismus nach seinen Ideen umzuformen, zweifellos ein etwas schwieriges Unternehmen, dessen Voraussetzung, die geistige Durchdringung der abgeschlossenen tibetischen Kulturwelt, ihm noch nicht gelungen ist. Immerhin müssen die Kommunisten auf die Lamaisten einige Hoffnung setzen. Sonst hätten sie nicht ein ganzes Lamakloster nach Peking verpflanzt, um der Bevölkerung diese Abart des Mahayana-Buddhismus empfehlend vor Augen zu führen. Auch in Vietnam, wo der Buddhismus, mit Animismus und Ahnenkult verfilzt, seit langem sich in einer Krise befindet und in bizarren politisch tätigen Sekten (z. B. Hoa Hao und Kaodaismus, der eigentlich kein Buddhismus ist) eine innere Erneuerung versucht, stellt die Unterwerfung des Buddhismus mit dem weiteren Vordringen



nach Südvietnam für die Kommunisten keine ernste Schwierigkeit mehr dar, obwohl nach glaubhaften Berichten Zehntausende von Buddhisten aus den gleichen Gründen wie die 600 000 Katholiken nach Südvietnam geflohen sind. Mit Ausnahme von Japan und Südkorea beherrscht also der Kommunismus die Kernstellungen des Mahayana-Buddhismus, des Buddhismus des Großen Fahrzeuges, der sich aus dem Urbuddhismus auf seinem langen Wege von Indien über Ceylon zum Nordwesten Südost-Asiens hin entwickelte und von China aus nach Japan und Indochina vordrang. Bekanntlich unterscheidet sich der Mahayana-Buddhismus vom südlichen Buddhismus, jenem des Kleinen Fahrzeuges, dadurch, daß er dessen Erlösungslehre (Selbsterlösung durch methodische Beseitigung der Begierde) stärker in Richtung auf philosophischen Monismus umgestaltete („Erleuchtung“ durch Innenschau und Berührung mit dem All). Dazu kam, daß die Vergöttlichung der Buddhigestalt zu Frömmigkeitsformen führte, deren Kern Elemente einer Erlösung von außen her (durch Bodhisattvas) darstellen. Die moderne Buddhismusforschung hat die Gemeinsamkeiten des nördlichen und südlichen Buddhismus besser sehen gelernt, nachdem man die historische Entwicklung dieses religiösen Phänomens gründlicher untersucht hatte. Sowohl im philosophischen wie im religiösen Buddhismus aller Spielarten erkennt man den Ausgangspunkt, das Ich, wieder, selbst in den universalistischen Formen des Mahayana-Buddhismus, und die buddhistische Volksfrömmigkeit von Ceylon bis China und Japan hin hat überall den philosophischen Erlösungsmechanismus mit der Verehrung und Anflehung höherer Mächte überwuchert, dabei Geisterglauben, Ahnenkult und selbst magische Praktiken nicht verschmähend. Darf man deshalb die Scheidung zwischen Nord- und Südbuddhismus nicht zu schroff vornehmen, so ist doch sicher, daß der Kommunismus bei seinem Vordringen im Augenblick die schwer zu überschreitende Kernstellung des Buddhismus erreicht hat, die sich von Laos, Kambodscha und Thailand über Burma bis nach Ceylon erstreckt. Diese Situation gibt unserer Betrachtung eine starke welt- und kulturpolitische Aktualität.

#### *Statistisches*

Es ist fast unmöglich, genaue statistische Angaben über die Verbreitung des Buddhismus zu machen, da dieses aus vielen philosophischen und religiösen Spielarten zusammengesetzte Gebilde in China, Japan und Vietnam mehr zum allgemeinen kulturellen Untergrund gehört, als daß es in einem ausschließlichen Bekenntnis von Einzelpersonlichkeiten gefaßt werden könnte, wenn man von dem buddhistischen Mönchtum absieht. Man kann nicht Christ und Buddhist zugleich sein, wohl aber, wie in Japan, Shintoist sein und für gewisse Ereignisse des gesellschaftlichen Lebens die buddhistischen Priester herbeiholen. Man findet in Vietnam kaum mehr einen Buddhismus, der nicht mit Religionsüberzeugungen anderer Art durchsetzt ist, und für China gilt, daß man unmöglich Konfuzianer, Taoisten und Buddhisten bei einer Volkszählung nach Weltanschauungen säuberlich auseinandergliedern könnte. Zweifellos sind aber Ceylon, Burma, Thailand, Kambodscha, Laos mehrheitlich buddhistische Länder mit ausgeprägter buddhistischer Kultur. Die Buddhisten stellen auf Ceylon 62%, in Burma 80%, in Thailand 90%, in Kambodscha 80% und in Laos 83% der Bevölkerung dar. Den 5 Millionen Buddhisten Ceylons stehen 605 000 Katholiken gegenüber, den 15,2 Millionen Burmas 160 000,

den 16,5 Millionen Thailands 85 175, den 3 Millionen Kambodschas 120 000, der einen Million von Laos 32 000. Nirgendwo erreicht hier die Katholikenzahl 10% der Gesamtbevölkerung. Am höchsten ist sie prozentual auf Ceylon (7,5%). Die Katholikenzahl von Vietnam beträgt etwa 160 000, jene Chinas über 3 Millionen, jene Japans 200 000. In Tibet, Nepal und Bhutan gibt es kaum Katholiken. Wenn wir hier, um die Betrachtung nicht zu sehr auszuweiten, hauptsächlich die in buddhistischen Ländern lebenden Katholiken (also nicht alle Christen) in Betracht ziehen, so ergibt sich, daß etwa 5,7 Millionen Katholiken in Ländern leben, die mehr oder weniger stark vom Buddhismus geprägt werden.

#### *Untergang des Buddhismus?*

Es ist schon vor dem letzten Kriege festgestellt worden, daß der Buddhismus durch den Einfluß der christlichen Ideen gewisse Anreize zur Selbstbesinnung erfuhr, besonders auch zur Entfaltung caritativer Tätigkeit, die nach buddhistischer Darstellung durchaus nicht in Widerspruch zur buddhistischen Erlösungslehre steht. Die allgemeine Menschenliebe gehört zu den Grundideen des Buddhismus, und die alten buddhistischen Texte kennen schon den Altruismus, weil er als eine der Vorbedingungen zur Erlangung jener Begierdelosigkeit betrachtet wird, die das Herz der Morallehre Buddhas darstellt. Das langsame Eindringen der technischen Zivilisation erschütterte vielfach bei den gebildeten Buddhisten die religiöse Überzeugung, während bei den Massen der Himmel der alten Glaubensüberzeugung entgöttert wird. Wie überall macht sich auch hier eine gewisse Anziehungskraft des vordergründigen Weltbildes geltend, das die modernen Naturwissenschaften gestaltet haben, und das Volk fühlt sich besonders in Japan zur reinen Diesseitsgläubigkeit und zum Materialismus hingezogen. Die Länder des südlichen Buddhismus sind noch am wenigsten von dieser Entwicklung erfaßt. Der Geburtenkontrolle, wie sie heute in Japan geübt wird, setzt der Buddhismus, weil er kein religiös-ethisches Begriffsschema zur Beurteilung dieser Dinge hat, keinen ernstesten Widerstand entgegen, und selbst im stärksten Bollwerk des Buddhismus, auf Ceylon, sind mit Unterstützung der Regierung die beiden ersten Kliniken zur Geburtenkontrolle geschaffen worden. Die Zerfallserscheinungen in buddhistischen Klöstern, eine in der Geschichte immer wieder beobachtete Tatsache, machen auch heute wieder den verantwortlichen Staatsmännern der buddhistischen Länder Sorge. Besonders schwer ist die Krise des Buddhismus in Vietnam, wo die Teilnahme an politischen und revolutionären Strömungen eher zur Auslöschung als zur Anreicherung der religiösen Substanz des Buddhismus führen muß. Die Bonzen betrachten hier gemeinhin die Religion als abergläubisches Obskurantentum. Die „modernsten“ unter ihnen tragen aus Nachahmungstrieb eine schwarze Soutane und eine dem Hut der katholischen Priester nachgeahmte Kopfbedeckung. Irgendwelche religiöse Vorstellungen haben sie nicht. Nach ihnen sind alle Religionen gleich gut. Im übrigen sind sie reine Geschäftemacher.

Der allgemeine Niedergang des Buddhismus, den auch die intime Fühlungnahme mit der westlichen Theosophie nicht aufhalten konnte, wurde nun in den noch freien buddhistischen Ländern abgestoppt, als die große Welle der nationalen Selbstbefreiung durch Südostasien ging. Der junge und heiße Nationalismus besann sich auf die eigenen Kulturtraditionen. Schon die Gegensatzhaltung zur



westlichen Kultur führte nun zu einem Lobpreis auf die buddhistische Tradition und zu dem Versuch, den Buddhismus zu neuem Leben zu erwecken. Dieser Versuch ist jedenfalls im Gebiete des Hinayana, also des südlichen Buddhismus, in vollem Zuge, aber auch in Japan beobachtet man jetzt eine neue Sammlung der buddhistischen Kräfte, nachdem das nationale Leben seine Eigenständigkeit wiedererlangt hat. Der Buddhismus muß gewiß schwere Einbrüche in sein Gefüge seitens des modernen Diesseitsgeistes hinnehmen, aber er gibt sich keineswegs auf. Er verteidigt namentlich in den Gebieten zwischen West- und Ostblock, wo ihm jetzt Zeit und Gelegenheit zur Sammlung gegeben ist, mit Kraft seine Positionen. Es sind dies alles Länder, die er kulturell seit 1500 bis 1800 Jahren geformt hat. Wir haben uns weitgehend im Westen daran gewöhnt, ihn als eine zum Untergang bestimmte Weltanschauung zu betrachten. Viel trug dazu bei, daß man ihn nicht genügend studierte und sein Interesse mehr den primitiven Religionen zuwandte. Er ist auf jeden Fall „eine der großen spirituellen Kräfte, die um die menschliche Seele ringen“ (P. de Lubac SJ) und „zäh wie eine Liane“ (P. Charles SJ). Die Geschichte bezeugt seine innere Erneuerungskraft. „Gegen alle historische Evidenz“, so schrieb P. de Lubac (*La Rencontre de Bouddhisme et de l'Occident*, 1951, S. 256), „fuhr mehr als ein Apologet fort, ihn nach dem Postulat der allgemeinen Degeneration zu beurteilen: als ob die religiöse Entwicklung außerhalb der göttlichen Offenbarung immer und in allem umgekehrt proportional zum Laufe der Zeiten und der Fortschritte der Zivilisation wäre.“

#### *Die religiöse Renaissance*

Aus allen noch freien Ländern des südlichen Buddhismus kommen Nachrichten über Versuche seiner Wiederbelebung. Typisch ist hier ein Bericht aus Ceylon vom Januar dieses Jahres, der vom Entstehen einer buddhistischen Universität auf Ceylon zu erzählen weiß. Die buddhistischen Heiligtümer werden viel stärker besucht als früher. Zu bestimmten Tagesstunden begegnet man ganzen Gruppen, die auf schimmernden Platten in feierlicher Haltung ihre Lotosblume zum Tempel tragen. Zu jeder Tages- und Nachtzeit kann man auf den Straßen und in den Omnibussen der Städte Leute beobachten, die gemäß liturgischem Gebrauch in religiöser Sammlung andächtig die Hände zur Stirn erheben, sooft sie an einem religiösen Gebäude vorbeikommen. In Wäldern und Dörfern hört man überall buddhistische Gesänge, und man führt, angeregt auch durch christliche Gebräuche, neue religiöse Übungen ein. Nicht nur auf Ceylon, auch in Burma und Thailand werden die buddhistischen Stundengebete im Rundfunk übertragen. Man bemüht sich, das Ansehen der buddhistischen Mönche zu heben, und stellt sie auf Ceylon gesellschaftlich den katholischen Priestern gleich. In Burma wurde durch Gesetz ein Buddhistenrat geschaffen und ermächtigt, „Korruption und andere unheilige Gebräuche“ unter den 120 000 Mönchen zu bekämpfen. Im ganzen Lande baut man neue Pagoden und stellt die alten wieder her. Buddhistische Literatur erscheint in Massen. Staatlicherseits wird die Aussendung von Missionaren gefördert, die in der gleichen Form wie die nach Burma gesandten christlichen Missionare arbeiten sollen. Das buddhistische Missionsseminar wurde 1953 eröffnet. In Laos bemühen sich offizielle Kreise, laotisch und buddhistisch als identische Begriffe zu werten, und in Kambodscha ließ sich der König vor einigen Jahren eine Voll-

macht geben, mit Hilfe Buddhas, der Lehren des Altbuddhismus und der Ahnen das Land zu erneuern. Hier sowohl als auch in Thailand steigt die Produktion buddhistischer Literatur steil an.

Zu den bedeutendsten Erscheinungen der religiösen Erneuerung gehören die zweite buddhistische Weltkonferenz von 1952 zu Tokio mit ihrem Anspruch auf die Geltung des Buddhismus als einer Weltreligion, die der zusammenbrechenden Kultur Wesentliches zu geben habe, und das augenblicklich tagende 6. Buddhistische Konzil zu Rangoon, in dem die geistigen Kräfte des Hinayana-Buddhismus vereinigt sind. Im Mai 1954 begonnen, soll es im Mai 1956 enden. Diese Versammlung bereitet eine Neuherausgabe der kanonischen Schriften des Buddhismus in 54 Bänden vor.

#### *Eintreten für die spirituellen Werte*

Leidenschaftlich setzen sich heute die führenden Buddhisten für den Weltfrieden ein. Eines ihrer Ziele ist die Stärkung der friedenbringenden Kräfte des Buddhismus, die eine drohende Weltkatastrophe verhüten helfen wollen. Schon die 2. Buddhistische Weltkonferenz hatte erklärt, sie bedauere tief die Zwietracht in der gegenwärtigen Welt, die nach Gewalt rufe. Der Fortschritt der Naturwissenschaften habe zur Entdeckung der Atomkraft geführt. Dieser Fortschritt habe aber keinen Rückhalt in entsprechenden spirituellen Werten. Nur die Lehren Sakyamunis (Buddhas) vom leuchtenden Mittleren Pfad könnten die Eintracht der Welt wiederherstellen. Manche Buddhisten erklären auch offen, der christliche Westen habe die Welt so oft in Kriege gestürzt. Das Christentum habe seine Chance nicht genutzt. Es müsse jetzt ein anderer Weg eingeschlagen werden. In den Parlamenten der buddhistischen Länder sind schon viele Resolutionen gefaßt worden, die für den Primat der spirituellen Werte eintreten und im Buddhismus die Kraft sehen, die Wurzel aller heutigen Unordnung zu zerstören: die Begierde, den Haß und die Täuschung. Vor einigen Jahren erklärte das Parlament von Kambodscha in deutlichem Hinweis auf den Westen, gewissen Zivilisationen fehle „das transzendente Denken“, das der Buddhismus besitze. Zur Abwendung der drohenden Weltkatastrophe forderte die 2. Buddhistische Weltkonferenz von Tokio die Zusammenarbeit mit anderen Religionen für die Sache des Weltfriedens, und einige große japanische buddhistische Sekten suchten und suchen in dieser Richtung Fühlung mit den christlichen Kirchen, während die Länder des südlichen Buddhismus noch wenig Neigung zu einer äußeren Annäherung an die christlichen Gemeinschaften zeigen. Die Higashi-Honganji-Sekte in Japan suchte sogar nach dem Kriege eine weitgehende Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche auf allen Gebieten des Lebens, was aber kirchlicherseits aus begrifflichen Gründen abgelehnt werden mußte. Die Bitte der japanischen Soto-Sekte um Mitarbeit der Priester an der Bekämpfung des Materialismus führte aber 1948 zur Gründung einer katholisch-buddhistischen „Vereinigung zur Förderung des religiösen Gedankens“, die zu einem besseren Verstehen und zu höherer Wertung der Religion sowie zur Hebung der öffentlichen Moral beitragen sollte. Nach Jahrhunderten eines unentwegten Antagonismus von Bonzen und Priestern war die Gründung dieser Vereinigung ein historisches Ereignis für die religiöse Geschichte Fernasiens. Deutsche Jesuiten, besonders P. Lassalle, haben seit 1951, überall glänzend empfangen, katholischerseits in der Bewegung mitgewirkt und bisweilen



vor großen Hörermassen in buddhistischen Tempeln über die Notwendigkeit der Religion gesprochen. Nur wegen Überlastung der Missionare mit anderen Arbeiten mußten die Begegnungen von Bonzen und Priestern eingeschränkt werden.

#### *Gegen den Kommunismus*

Der Buddhismus in den noch freien Ländern ist in seinen Führern antikommunistisch, schon deshalb, weil es die buddhistische Lehre nicht erträgt, daß, wie der Führer der burmesischen Buddhisten sagte, der Gemeinschaft als solcher verpflichtende Lebensformen vorgeschrieben werden. Die inneren Schwierigkeiten des Buddhismus im Kampf gegen den Kommunismus liegen nicht darin, daß die Massen bewußt dem Materialismus zuströmen, sondern darin, daß der Kommunismus von diesen nicht als Weltanschauung, sondern als nationale Befreiungsbewegung betrachtet wird. Die große Schwäche des Buddhismus in unserer Zeit ist der Mangel straffer zentraler Leitung und technischer Organisation. Wenn der Staatsapparat sich ihnen nicht zur Verfügung stellt, sind sie der umfassenden kommunistischen Werbeorganisation gegenüber machtlos. So konnte in China der Buddhismus von den Kommunisten mühelos entmachteter werden. Dennoch ist es das offenbare Bestreben der chinesischen Kommunisten, ihn so weit zu beleben, daß er ihnen als gefügiges politisches Werkzeug zu dienen vermag. Um dieses Ziel zu erreichen, hat man zunächst seine Korruption an den Pranger gestellt, den Zölibat der Mönche bekämpft und die Bonzen „zu nutzbringender Arbeit“ (eventuell in Konzentrationslagern) angehalten, weiß aber sehr wohl, daß der buddhistische Kulturuntergrund Chinas nicht ohne weiteres durch die neue ökonomisch gerichtete Weltanschauung beseitigt werden kann. Die derzeitigen Regierungen von Ceylon und Burma vor allem sind scharf gegen den chinesischen Kommunismus eingestellt, wenn auch Burma glaubt, trotz amtlicher Förderung des Buddhismus einen gewissen Staatssozialismus durchführen zu müssen, um mit den modernen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Fragen fertig zu werden, zu deren Lösung der Buddhismus keine Programme geben kann. Die chinesischen Kommunisten suchen inzwischen mit wechselndem Glück, sich in den Raum des Hinayana-Buddhismus zu infiltrieren. Durch rote „bikkhus“ (Mönche) haben sie in der buddhistischen Hochburg Ceylon schon beträchtliche Unruhe hervorgerufen.

#### *Widerstand gegen das Christentum*

In Gegensatz zu der betonten Toleranz des Buddhismus stehen gewisse ernste Angriffe gegen den Katholizismus. Man kann es schließlich verstehen, wenn in den alten buddhistischen Hochburgen Japans, besonders auf dem Lande, die Bonzen, um ihre wirtschaftliche und soziale Stellung fürchtend, Widerstände gegen das Eindringen der katholischen Missionen zeigen. Schlimmer ist die Gegenaktion auf höherer Ebene, wie in Ceylon, wo der singhalesische Buddhismus zur Zeit im Zeichen der Wiederbelebung der buddhistischen Kultur auf der ganzen Linie das Christentum und besonders den Katholizismus angreift, der als antinational und landesverräterisch verschrien wird; wo man die Ordensschwester (ohne Ersatz für sie zu haben) aus den Hospitälern vertreiben möchte, weil sie durch ihr Gelübde gebunden seien, Konversionen unter den Kranken herbeizuführen; wo man den allgemeinen Moralunterricht, den die katholischen Schulen an ihre nichtchristlichen Schüler gaben, verboten hat. Letzte-

res ist im übrigen aus der Geisteshaltung des Buddhismus zu verstehen, da ein allgemeiner Moralunterricht auf dem Boden des Naturrechtes zweifellos mit den Grundlagen der buddhistischen Moral kollidiert. Hat diese doch namentlich im Hinayana-Buddhismus einen ganz andersgearteten Ausgangspunkt. Er verwirft nicht nur den Gottesbegriff, sondern leugnet auch das Bestehen einer Seele und den Begriff der Persönlichkeit. Mit ähnlichen Widerständen muß man auch in anderen buddhistischen Ländern rechnen. In Burma und Ceylon fordert man sogar immer ungestümer, daß der Unterricht in Buddhismus in allen Schulen Pflichtfach wird, eine Forderung, die natürlich auch dem Widerstand der nichtchristlichen Minderheiten begegnet, auf Ceylon vor allem der Hinduisten und Mohammedaner. Unter diesen Umständen geht das Bestreben der vom Nationalismus inspirierten buddhistischen Bewegung dahin, den christlichen Schulen jeden Staatszuschuß zu nehmen, ihnen durch die Lockung höherer Lehrergehälte an den öffentlichen Schulen die besten Lehrkräfte abspenstig zu machen und sie dadurch zum Erliegen zu bringen. Auf Ceylon sucht man auch die Sonntagsruhe wieder abzuschaffen, während man durch große und prunkvolle kultische Zeremonien die christlichen Gottesdienste an Feiertagen zu verdrängen sucht.

#### *Regierungen und religiöse Toleranz*

Entscheidend für die Lage des Christentums in den buddhistischen Ländern ist nur die Haltung der Regierungen. Über China, Japan und Korea brauchen wir uns hier nicht zu verbreiten, da die Lage dort allgemein bekannt ist. In Thailand ist der Buddhismus Staatsreligion. Es besteht engste Verbindung zwischen Buddhismus und Staat, aber die gegenwärtige Regierung ist gegenüber dem Christentum durchaus tolerant. Auch in Laos ist der Buddhismus Staatsreligion. Hier wie in dem buddhistischen Kambodscha ist durch die Nähe der kommunistischen Zone die Lage des Katholizismus sicherlich prekär. Ceylon und Burma sind der Verfassung nach religiös neutrale moderne Staaten, aber die Buddhisten stürmen dauernd gegen diese Staatskonstruktionen an. Hier haben bisher die Regierungsführer schon aus Gründen der politischen Vernunft den buddhistischen Forderungen kräftig widerstanden. Das ist um so höher zu werten, als in Burma die Verfassung den Buddhismus ausdrücklich als Religion der Mehrheit des Volkes anerkennt und der Regierungschef Thakin Nu gläubiger Buddhist ist. Zwar fördert er staatlicherseits den Buddhismus, hat aber jeden Versuch der Buddhisten, die religiöse Toleranz zu beseitigen, mit größter Energie abgewiesen, ja seine Stellung zur Verfügung gestellt, als jüngst die Bonzen die Abschaffung des mohammedanischen Religionsunterrichts für die islamischen Kinder der Staatsschulen forderten. Er nimmt ostentativ an katholischen Feiern teil und sandte sogar im Jahre 1952 eine aus sieben katholischen Priestern und vier Brüdern bestehende Freundschaftsmission zum Papst. Den Katholiken hat er mehrmals bescheinigt, daß die Religion der größte Wert im Leben sei und daß die Katholiken stets peinlich ihre Loyalität gegenüber dem Staate beobachteten. Der buddhistische Premier von Ceylon, Sir John Kotelawala, wandte sich in den letzten Jahren zweimal energisch gegen jede religiöse Unduldsamkeit. Noch im August 1954 berief er die Vertreter aller Religionen zusammen: „Eine Welle von Religionslosigkeit droht alle Religion zu verschlingen, und es ist die Pflicht der Religionen, gegen



jene zu kämpfen, die darauf ausgehen, den Glauben der Menschen an die Religion zu zerstören. In Ceylon ist kein Platz für religiöse Unduldsamkeit, weder bei der Mehrheit noch bei der Minderheit.“

#### *Katholisch-buddhistische Annäherung?*

Gegenüber den nicht immer ungetrübten Beziehungen zwischen dem Katholizismus und einem aggressiven nationalistischen Buddhismus in den Gebieten, wo der von Ceylon ausgegangene Buddhismus des Kleinen Fahrzeugs sich ausbreitete, steht eine offensichtliche Annäherung in Japan, die durch eine Fülle von Einzelnachrichten aus den letzten 10 Jahren belegt ist. Von der Zusammenarbeit für den Weltfrieden haben wir schon berichtet. Auch auf sozialem Gebiet ist es zu guter Fühlungnahme gekommen. Namentlich deutsche Jesuiten haben, vorbereitet durch gründliche buddhistische Studien, das Weltbild und das Frömmigkeitsleben einiger der bedeutendsten Sekten sich nahezubringen versucht, die Werte echten buddhistischen religiösen und sittlichen Lebens, wo sie darauf stießen, in Wort und Schrift gewürdigt und so die Voraussetzungen für ein besseres Verstehen des japanischen Buddhismus geschaffen. Umgekehrt hat man nichts unterlassen, um wahrhaft suchenden Buddhisten ein Bild katholischen Denkens und Lebens zu geben. Nicht nur bei der Konsekration der Friedenskirche von Hiroshima waren Abordnungen der Bonzen vertreten, man sieht solche auch bei katholischen Gottesdiensten und Feiern, Priester sprachen sogar in buddhistischen „Exerzitien“. Hie und da konvertieren auch buddhistische Mönche. Hat man auch keine Sicherheit, daß die Elite des Buddhismus Japans, der durch den Zusammenbruch des Landes instinktiv nach neuer Orientierung suchte, in dem jetzt wieder von starken religiösen Restaurationsbewegungen erfüllten „Neuen Japan“ der Linie der Verständigung treu bleibt, so haben wir hier jedenfalls ein in der neuen Missionsgeschichte unerhörtes Faktum vor uns. Die Welle des Säkularismus und Materialismus, die über Japan hingeht, wird wahrscheinlich die Annäherung der Religionen eher fördern als hemmen.

#### *Kulturelle Anpassung*

Auch wenn die Allerweltszivilisation die buddhistischen Länder erobern und umgestalten sollte, wird sie nie zu einer Nivellierung von östlicher und westlicher Kultur führen. Das wird jetzt schon in dem asiatischen Neuwert sichtbar. Stärker denn je sieht sich deshalb die so lange im Abendland gewachsene Kirche genötigt, sich auch in den Kulturen der buddhistischen Länder zu verwurzeln, um sich dort nicht, mit dem Stigma eines Fremdkörpers behaftet, kulturell zu isolieren. Wie überall in Asien wird auch hier mit dem Rückzug Europas dieses Problem besonders sichtbar. Von allen buddhistischen Ländern hat man in Japan diese Lage bisher am meisten empfunden. Jahrelang hat der Beuroner Benediktiner Hildebrand Yaiser in einer zu Tokio erschienenen vielfältigsten Zeitschrift „Phos Christou“, die leider einging, ins einzelne gehende Vorschläge zur liturgischen Akkommodation an die buddhistischen religiösen Gebräuche gemacht. Es gibt heute im Katholischen Nationalkomitee Japans eine Abteilung „Liturgie und liturgische Kunst“, deren Aufgabe es wäre, sich besonders des Problems anzunehmen. Der Buddhismus hat wesentliche Charakterzüge der asiatischen Seele erfüllt und gestaltet. So kam es zum Siegeszug dieser Weltanschauung durch ganz Südostasien. Der

Katholizismus hat nur Entwicklungsaussichten in den Ländern des Buddhismus, wenn er sich der Kulturuntergründe geistig bemächtigt und sie, ohne Wesentliches zu gefährden, zum Aufbau der eigenen irdischen Gestalt zu benutzen versteht. Lehrreich ist hier eine Stelle des Aufsatzes von Peter Heidrich SJ, Tokio, über „Liturgie in Japan“ (Heft 1, 1955 der „Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft“). Es heißt dort: „Wie steht es nun mit der Anpassung liturgischer Formen in der japanischen Mission? — Ein Wort aus dem Brief (vom 28. Juni 1954) eines erfahrenen Japanmissionars, der selbst seit 25 Jahren an der volksnahen Gestaltung des Gottesdienstes arbeitet und leitet, beleuchtet gut die Lage. Er sagt zum Gottesdienst in einer Kirche im Zentrum Tokios mit vollendeten gottesdienstlichen Formen: ‚Ein Römer würde sich dort beim Gottesdienst ebenso heimisch fühlen wie im Petersdom, und ein Japaner muß sich in beiden gleich schwer zurechtfinden, was wohl nicht der Sinn der Liturgie ist . . . Ich habe letztes Jahr meine Exerzitien so gelegt, daß ich am Sonntag den Gottesdienst in der X-Kirche besuchen konnte. Ich hoffte dort eine Anregung zu bekommen. Es war eine große Enttäuschung!‘“ P. Heidrich steht nicht an, zu sagen, man müsse fast auf den Gedanken kommen, daß die derzeitige Form und Sprache der liturgischen Feier eine, wenn auch sicher nicht die einzige Ursache sei, daß das katholische Apostolat in Japan trotz gewaltiger Anstrengungen so wenig Erfolg zeitigt. Wörtlich sagt er dann: „Wir sind alle in unseren jahrhundertealten Gewohnheiten so heimisch geworden, daß es uns schwer wird, unbefangen und vorurteilslos die Erfordernisse der Stunde zu sehen und uns auf sie einzustellen. Es ist immer wieder ähnlich wie zu den Zeiten des hl. Paulus, der fast als einziger die Notwendigkeit der Anpassung sah, aber unter den frommen und eifrigen Judenchristen seine schärfsten Gegner fand.“ Vor einigen Jahren schrieb ein japanisches Mitglied der Gesellschaft des Göttlichen Wortes in derselben Zeitschrift im Hinblick auf die Anpassung: „In der äußeren Form müssen wir viele Zugeständnisse machen. Die Entwicklung und Gestaltung muß von innen kommen. Sie kann nicht kommandiert werden: Wenn uns Gottes Geist berührt und leitet, führt er uns über unser eigenes Maß hinaus.“ Andererseits kann diese innere Entwicklung nur vonstatten gehen, wenn die Kirchenleitung ihr einen kontrollierten Lauf läßt. P. Heidrich meint: „Wenn einmal erst die Notwendigkeit volkseigener Liturgie klar erkannt wäre — der einfachste und schnellste Weg dazu wäre nach der Lage der Dinge eine klare Anweisung von der Zentraleitung aller Missionsarbeit der Propaganda —, dann dürften auch bald Mittel und Wege zu einer der Sache und des Volkes würdigen Verwirklichung gefunden werden . . . In Anbetracht der Größe und Dringlichkeit der Aufgabe darf man wohl erwarten, daß die Kirche eine solche Anpassung nicht nur zuläßt, sondern dazu ermuntert und sie mit allen Mitteln fördert. Nur wenn auf diese Weise Rom selbst großzügig die Initiative und Führung übernimmt, wird es möglich sein, die Liturgie der Kirche zu der großen Kraft- und Lebensquelle zu gestalten, die sie im Aufbau lebendiger Christusgemeinschaft und im missionarischen Hineinwachsen der Kirche in die östliche Welt sein könnte und sein sollte.“ — Ähnliche Gedanken treffen für die Frage der Anpassung der Kirche an die Kulturen der anderen vom Buddhismus geprägten Länder zu.



**Die Schulfrage in Belgisch-Kongo** Wie wir in unserer vorigen Nummer (S. 201) berichteten, sollten auch die Missionsschulen von Belgisch-Kongo von den Maßnahmen der belgischen Regierung gegenüber den freien Schulen aufs stärkste mitbetroffen werden. Die Kompromißlösung, zu der sich die Regierung im Mutterland in letzter Minute Ende Dezember entschlossen hatte und die darin besteht, daß weltliche Lehrkräfte an freien Schulen künftig das gleiche Gehalt wie die Lehrer an Staatsschulen erhalten sollen, käme den Missionsschulen, an denen Ordensleute unterrichten, natürlich in keiner Weise zugute. Nur als sogenannte „moniteurs“, als „Schulaufseher“ beschäftigen sie Laien, die bisher vom Staat besoldet wurden.

Das ständige Komitee der Bischöfe von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi hat sich daraufhin kürzlich zu einer außerordentlichen Sitzung in Léopoldville versammelt. Dieses Komitee setzt sich aus einem Delegierten für jede Provinz zusammen und versammelt sich alljährlich in Léopoldville (eine Generalversammlung aller Bischöfe findet alle sieben Jahre statt, zuletzt 1954). Die Versammlung hat den belgischen Kolonialminister Buisseret davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die kürzlich getroffenen Schulmaßnahmen der Regierung nicht anerkennen könne. Die Bischöfe des belgischen Kongo sind der Meinung, daß diese Maßnahmen gegen die Verpflichtungen verstoßen, die die Regierung gegenüber den Missionen in der Schulkonvention für ihre Kolonien eingegangen ist.

Die sozialistische Regierung wollte den Missionen 10% der Gehälter für diplomierte und 20% der Gehälter für nicht diplomierte Schulaufseher aufbürden und außerdem 50 bis 80% ihrer Zuschüsse für Eingeborenenkinder streichen. Diesen neuen Belastungen wären die Missionen nicht gewachsen. Die Bischöfe gaben daher zur Kenntnis, daß sie sich „in der traurigen Notlage sähen, alle ihre Schulen so lange zu schließen, bis die Regierung ihren Verpflichtungen nachkomme“.

Genau wie bei dem „belgischen Schulstreik“ im Mutterland, von dessen nicht ungünstigem Verlauf wir in unserem vorigen Heft berichtet haben, hat sich jedoch auch hier gezeigt, eine wie starke Macht die freie Schule in Belgien und seinen Kolonien ist. Die Regierung hat sich der Androhung der Bischöfe gegenüber zurückziehen müssen. In einem gemeinsamen Kommuniqué des Vertreters der Bischofskonferenz, Bischof Verwimp SJ, und des Kolonialministers M. Buisseret ist bekanntgegeben worden, daß die Herabsetzung der Gehälter und Zuschüsse, die im Dezember beschlossen worden war, zurückgenommen sei und es bei den bisherigen Abmachungen mit der Kirche bleibe.

**Der Fortgang des großen Auszuges aus Nordvietnam** Nachdem, wie wir in unserem Dezemberheft (S. 174) berichteten, die Internationale Kontrollkommission in Nordvietnam, der „Volksrepublik Vietnam“, wie sie sich selber nennt, endlich Ende November erwirkt hatte, daß der Abtransport derer, die den kommunistischen Teil Vietnams verlassen und in das „freie“ Vietnam im Süden umsiedeln wollten, wieder vertragsgemäß in Gang kam, hat sich die Zahl der Auswanderer aus Nordvietnam auf schätzungsweise 600 000 bis Anfang dieses Jahres erhöht, von denen rund 90%, d. h. rund 500 000, Katholiken sind.

Anfang 1955 war die Lage folgende: Im Norden waren vier Apostolische Vikariate von ihren Würdenträgern verlassen (einer von ihnen, Msgr. de Cooman, hat sich

nach 50jährigem ununterbrochenem Aufenthalt in Indochina zur Erholung in seine Heimat begeben, die drei anderen, die Bischöfe Ubierna von Tai-Binh, Le Huu Tu von Phat-Diem und Ngoc Chi von Bui-Chu, sind mit einer großen Zahl ihrer Priester und Gläubigen in den Süden ausgewandert).

Von den rund 1 200 000 Christen, die vorher in den von den Viet Minh besetzten Gebieten gelebt haben, sind ungefähr 500 000 im Süden angekommen. Rund 420 Priester befinden sich bei ihnen, dazu 178 Schüler der Großen und 935 Schüler der Kleinen Seminaristen. Außerdem sind gegen 2000 männliche und weibliche Ordensangehörige mitgekommen. Man ist in Südvietnam dabei, für diese Flüchtlinge etwa 100 neue Pfarreien einzurichten.

Aus Hanoi wurde gemeldet, die religiöse Lage sei ruhig. Mehrere katholische Schulen sind wiedereröffnet worden und können ungehindert ihr Programm verfolgen, während in den Staatsschulen selbstverständlich der Unterricht in Marxismus obligatorisch ist. Weihnachten ist ruhig wie immer gefeiert worden, und das nächtliche Ausgehverbot war für diese eine Nacht aufgehoben. Eine Weihnachtsbotschaft jedoch, die Präsident Ho Chi Minh an die vietnamesischen Katholiken gerichtet hatte, und eine andere von 10 „fortschrittlichen Priestern“ verfaßte Botschaft haben sich die katholischen Geistlichen einmütig in ihren Mitternachtsgottesdiensten zu verlesen geweigert. Die Regierung hat keine Strafe dafür verhängt. Der Bischof von Hanoi hat von der Sicherheitspolizei, an die er sich zu diesem Zweck wenden mußte, die Erlaubnis erhalten, seine Pastoral-Visitationen durchzuführen. Allerdings haben ihm an manchen Orten die lokalen Behörden den Zutritt verweigert mit der Begründung, das Erscheinen des Bischofs werde Streitigkeiten unter den Bürgern hervorrufen.

In den schon seit Jahren kommunistisch besetzten Gebieten weiter im Norden ist die Lage allerdings ganz anders. Dort wurde z. B. dem Bischof von Hung Hoa die Erlaubnis zu Visitationsreisen verweigert, obwohl sie besonders notwendig wären, da ein großer Teil seiner Priester sich entweder im Gefängnis oder in Hausarrest befindet. Ebenso ist in den südlicheren Provinzen von Vinh und Thanh Hoa, die schon seit 1946 unter dem Regime des Viet Minh stehen, ungefähr die Hälfte der Priester eingekerkert, und die übrigen werden zu Hause überwacht. Sie dürfen keine Beichte hören, ihre Mitbrüder nicht besuchen und nur sonntags die Messe lesen. Eine Reihe von Priestern sind auch als „Grundbesitzer“ vor ein Volksgericht gestellt worden, da sie die Kirchengüter in Verwaltung hatten, was dem neuen Recht widerspricht. In den schon seit 1946 vom Viet Minh besetzten Gebieten ist übrigens alles Kirchengut bereits enteignet. Die Priester müssen hier arbeiten, entweder auf ihrem eigenen Feld oder auch bei Arbeiten, zu denen sie requiriert werden (genau wie andere „Grundbesitzer“). Die katholischen Schulen sind in diesen Gebieten geschlossen, nicht weil ihnen die Schließung befohlen worden ist, sondern weil sie sonst nicht umhin gekonnt hätten, den obligatorischen Unterricht in Marxismus zu erteilen.

#### *Die Weihnachtsbotschaft Ho Chi Minhs*

In der Botschaft, die der Präsident der Volksrepublik Vietnam zu Weihnachten an die Katholiken Vietnams gerichtet hat, handelt es sich vor allem um einen Aufruf an die Gläubigen, Nordvietnam nicht zu verlassen. Die Größe des Auszuges, der um Weihnachten herum schon



mindestens 450 000 Katholiken der Herrschaft des Kommunismus entzogen hatte, stellt begreiflicherweise eine schwere Beunruhigung für den nördlichen Staat dar. In der Weihnachtsbotschaft Ho Chi Minhs hieß es daher, die Regierung werde die Glaubensfreiheit respektieren und sie fordere die in den Süden geflüchteten Katholiken auf, in die Volksrepublik zurückzukehren.

Ho Chi Minh wies auf seine „Weihnachtsfreude“ hin, daß der Krieg beendet sei, und fuhr dann fort: „Diese Freude ist dadurch sehr beeinträchtigt worden, daß so viele Menschen im Westen nicht gelernt haben, der Haltung Jesu zu folgen, sondern eher der Haltung jener, die den Herrn getötet haben. Diese Leute im Westen sind die amerikanischen Imperialisten und ihre Gefolgsleute wie Ngo Dinh Diem (der katholische Premierminister Südvietnams) und seine Bande. Sie haben eine Anzahl Glaubensgenossen getäuscht und sie gezwungen, ihren Heimatboden zu verlassen, um in Südvietnam ein elendes Leben zu führen...“

#### *Schwere Übergriffe gegenüber den Auswanderern*

Indessen ging der Auszug weiter. So sollen in einer einzigen Nacht, vom 20. zum 21. Dezember, 2000 Flüchtlinge, die sich auf Fischerbarken und Dschunken aufs Meer hinausgewagt hatten, von zwei französischen Schiffen etwa 100 km nördlich Vinh aufgenommen worden sein.

Am 8. Januar kam es dann zu einem ersten Zwischenfall.

Schon seit November besaß die französische Verbindungsstelle Kenntnis von einer Gruppe von rund 1500 Katholiken, die sich in der schon seit Jahren unter dem Regime der Volksarmee befindlichen Gegend von Thanh Hoa gesammelt hatten und auf die Erlaubnis zur Auswanderung warteten. Im Dezember wurde eine der Einsatzgruppen der Internationalen Kommission dorthin, in den Ort Ba-lang, geschickt, um mit diesen Katholiken Kontakt aufzunehmen. Die örtlichen Machthaber versicherten ihr, daß sie dem Auszug keinerlei Schwierigkeiten entgegenstellen würden. Sobald sich diese Nachricht in der Gegend verbreitete, kamen mehrere tausend Katholiken aus den Nachbardörfern herbei, um sich dem Auszug anzuschließen. Inzwischen hatte sich aber die Haltung des Viet Minh gegenüber den Auswanderern infolge von Vorfällen in Phat Diem, wo mehrere tausend Katholiken die Internationale Kommission hatten bewegen können, sich für sie einzusetzen, erheblich versteift, und die Ausreise sollte unter allen Umständen verhindert werden. Zu diesem Zweck wurden etwa 5000 Mann reguläre Truppen nach Ba-lang geschickt, um den Ort durch einen regelrechten Kordon abzusperren, während zugleich etwa 2000 prokommunistische Bauern dort erschienen. Der erste Zwischenfall ereignete sich am 1. Januar, als die Bewohner von Ba-lang gegen diese sogenannten „falschen Bauern“ mit Piken, Bambusrohren und Holzschuhen losgingen. Die Truppen griffen ein und hatten sechs Tote und ungefähr 60 Verwundete, während die Katholiken einige Waffen erbeuteten und sich dann im Gelände der Kirche verbarrikadierten. Eine Woche lang gingen verschiedene Scharmützel hin und her, die immer schärfer wurden, vor allem zwischen den Einheimischen und den „falschen“ Bauern. Inzwischen war eine neue Einsatzgruppe der Internationalen Kommission in der Nähe erschienen, die aber (angeblich aus Sicherheitsgründen) in einem etwa 20 km entfernten Dorf festgehalten wurde. Am 8. Januar befahl das Kommando der regulären Truppen den Gene-

ralangriff auf das Kirchengelände. Es soll mit Maschinengewehren geschossen worden sein. Die Zahl der Verluste bei den Katholiken ist unbekannt; wohl aber weiß man, daß etwa dreihundert von ihnen gefangengenommen worden sind, darunter der Pfarrer und mehrere Kapläne. Tausend andere Männer sind (unter Zurücklassung ihrer Frauen und Kinder) nach Norden fortgetrieben worden, man kennt den Bestimmungsort nicht.

Als die Einsatzgruppe der Internationalen Kommission ein paar Stunden später eintraf, durchbrachen hunderte von Frauen und Kindern die Absperrung.

Auf besonderes Drängen der französischen Verbindungsmission hat es die Internationale Kommission nun übernommen, nach dem Verbleib der Weggeführten zu forschen. Man vermutet, daß die Wegführung mit Vorbedacht durchgeführt wurde, um Platz für die prokommunistischen Bauern zu machen. Doch widerspricht diese Vermutung den Bemühungen des Präsidenten, die Auswanderungswilligen überhaupt, auch gegen ihren Willen, zurückzuhalten. Im Falle von Ba-lang soll es sich um im ganzen 10 000 Katholiken gehandelt haben. Nach und nach hat man in Südvietnam durch einzelne Flüchtlinge allerlei Einzelheiten von den Ereignissen von Ba-lang erfahren; aber alle diese Nachrichten sind sehr unsicher, da der einzelne kaum einen wirklichen Überblick über die Lage hatte und die Urteile und Begründungen, die abgegeben werden, ganz individuell sind. Man weiß, daß einige der Gefangenen abgeurteilt und zu lebenslänglicher oder mindestens langjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden sind, immer unter der Anklage, „reaktionäre Anführer der Auswanderungsbewegung und Agenten Ngo Dinh Diems“ zu sein.

Vom 4. Februar meldet die französische Zeitung „La Croix“, kürzlich habe sich wieder ein Zwischenfall in der Gegend von Thuan-Gia in der Provinz Ngean ereignet. Die noch in Haiphong lebenden französischen Kreise beklagen vor allem die Langsamkeit der Internationalen Kommission. Zum Beispiel ist die Einsatzgruppe, die die Vorgänge von Ba-lang vom 8. Januar auf Drängen einer französischen Klage vom 25. Januar untersuchen sollte, erst am 1. Februar dorthin aufgebrochen. Allerdings hat die Internationale Kommission zugesagt, sie wolle den nordvietnamesischen Behörden eine völlige Neuorganisation der Auswanderungsmaßnahmen vorschlagen. Gegenwärtig können Laissez-passers für den Süden nur von den Behörden des Heimatortes der Auswanderungswilligen ausgestellt werden, während viele von diesen bereits weit fort von ihren Heimatorten sind und die Erlaubnis zum freien Umherreisen im Land (zur Rückkehr in ihr Dorf) nicht erhalten. Wenn sie ohne Passierschein für den Süden in Hanoi oder Haiphong anlangen, wird ihnen gesagt, sie müßten sich diesen in ihrem Heimatdorf holen, und dann werden sie wegen unerlaubten Zirkulierens arretiert.

Im Süden kann man inzwischen feststellen, daß der Prozentsatz der Nichtkatholiken unter den Flüchtlingen wächst. Die Ursache dazu ist allein in ihren bisher in der Volksrepublik gemachten Erfahrungen zu suchen.

#### *Kommunismus auf der Südspitze Cochinchinas*

Es ist interessant, demgegenüber den Bericht des Spezialberichterstatters des „Monde“, Max Clos (9., 12./13., 16., 23. und 31. Dezember 1954), über seine Reise durch den Südzügel Cochinchinas, südlich von Saigon, zu lesen. Dieses Gebiet ist seit 1948 von den Viet Minh besetzt und



muß erst jetzt im Februar von diesen geräumt werden. Im Dezember fand M. Clos also hier eine seit sechs Jahren installierte kommunistische Herrschaft vor — in der sympathischsten und mildesten Form, ein Musterbeispiel, das den nahen Südvietnamesen unter Ngo Dinh Diem vor Augen steht. Das Leben ist hier arm, aber heiter. Der Vizepräsident diskutiert über Politik mit den Flußschiffen und Caféhausbesitzern. Die politischen Fragen werden ganz offen erörtert — aber der Glaube an das Regime Ho Chi Minhs ist so groß, daß man keine wirkliche Kritik zu fürchten braucht. Jede etwaige Belastung wird gern ertragen und alle Opfer bereitwillig angenommen. Denn „Viet Minh bedeutet Recht und Gerechtigkeit“. Während, nach den Beobachtungen des Berichtstatters, die Leute im freien Südvietnam sich kaum über ihre materiellen Interessen erheben, interessiert sich hier, trotz der gleichen materiellen Enge, alles, Mann und Frau, jung und alt, für Fragen der Politik, und die ganze Bevölkerung ist gut informiert (wenn auch natürlich in der Beleuchtung des Viet Minh). Mit der Agrarreform ist man einverstanden, obwohl zunächst einmal der Ertrag des Landes durch die ungeheure Zerstückelung bei der Aufteilung an die Bauern sehr zurückgegangen ist. Man wird sich ebenso bereitwillig nach und nach in Kollektivs zusammenfassen lassen. Auch die Katholiken betonen, daß sie nichts zu leiden haben und vollkommene Glaubensfreiheit genießen. Wenn sie aber von Maßnahmen gegen ihre Glaubensgenossen im Norden hören, so sind sie überzeugt, daß es schon stimme mit dem Vorwurf, diese hätten sich vom „amerikanischen Imperialismus und seinen Gefolgsleuten“ betören lassen, und daß es schon wahr sei, daß es ein Verbrechen ist, sich nicht bereitwillig „umerziehen“ zu lassen. Über ihr Schicksal nach dem Abzug der Viet-Minh-Truppen machen sie sich keine Sorgen, da sie überzeugt sind, daß spätestens die Wahlen in ganz Vietnam im nächsten Jahr das ganze Land unter Ho Chi Minh vereinigen werden.

## Ökumenische Nachrichten

**Die Generalsynode der EKD und die Agitation für den „seelsorgerlichen Notstand“**

Die bevorstehende außenpolitische Entscheidung über die Pariser Verträge, eine deutsche Wiederaufrüstung und ihre Rückwirkungen auf die Sowjetzone haben innerhalb der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ eine geschäftige und teilweise recht zügellose Erregung der Gewissen mit religiösen Mitteln gegen die Politik der Bundesregierung entfacht und darüber hinaus sogar zu einem Propaganda-Bündnis mit der SPD geführt. Dadurch ist nicht nur die innenpolitische Lage belastet und vergiftet, auch die am 6. März in Espelkamp zusammentretende neugewählte Generalsynode der EKD ist einer schweren Zerreißprobe ausgesetzt. Man kann durchaus nicht übersehen, ob die Gefahr einer Spaltung, von der lutherische Kreise wieder offen schreiben, diesmal ebenso durch ein „Wunder“ in der letzten Nacht, d. h. durch ein besonnenes Einlenken des Spiritus rector der politischen Fronde, des Kirchenpräsidenten Niemöller, Mitglied des Exekutivkomitees des Weltrates der Kirchen, behoben werden kann wie 1952 in Elbingerode, als noch Dr. Hermann Ehlers seine Autorität einsetzte.

Zwar hat der Rat der EKD Anfang Februar in Hannover eine „fast einstimmige“ Entschließung gegen Äußerungen evangelischer Kirchenführer und Pfarrer zur Weltlage ge-

faßt: danach sei der unrichtige Eindruck entstanden, als müßte die evangelische Kirche in Erfüllung ihres eigentlichen kirchlichen Auftrages eine ganz bestimmte Entscheidung zu den Pariser Verträgen vollziehen. „Wir sind aber der Überzeugung, daß allein vom Evangelium her zu dieser Entscheidung bindende Weisungen nicht gegeben werden können. Aus diesen Gründen empfehlen wir aufs neue allen Pfarrern größte Zurückhaltung in allen öffentlichen Äußerungen. Es handelt sich hier um Fragen der politischen Einsicht und der politischen Verantwortung, die nach unserer gemeinsamen Überzeugung von dem an Gott gebundenen Gewissen entschieden werden müssen.“ Aber der Eindruck im Volk ist doch in manchen Gegenden, z. B. in Rheinland und Westfalen, auch Hessen, vorherrschend, daß die evangelische Kirche mit der Stimme ihrer Präsidenten gegen die Bundesregierung angeht. Dieser politische Schaden — von dem seelischen der Verwirrung der Gewissen nicht zu reden — ist mit der Erklärung des Rates nicht mehr zu beseitigen, denn er hat seine Rückwirkungen in den westlichen Hauptstädten wie in Moskau schon gehabt, und man weiß nicht, welche Zusammensetzung der Rat morgen haben wird, wenn am 11. März die Synode beendet ist. Die Argumente gegen eine Wiederaufrüstung und gegen die Ratifizierung der Verträge sind mit theologischen Gewichten unter das Volk geworfen, das ihre Gültigkeit nicht beurteilen kann, und dort wirken sie weiter.

### *Fronde der Pfarrer-Bruderschaften*

Das betont auch der Hamburger Oberkirchenrat Prof. Dr. Volkmar Hertrich in einer ernsten Betrachtung über „Die Evangelische Kirche am Scheidewege“ im „Informationsblatt“ vom Januar 1955. Der Aufsatz weist darauf hin, daß die Erregung „im wesentlichen nur in einigen westlichen Kirchen offenbar geworden ist“, während sie anderwärts kaum zur Kenntnis genommen werde. Das war so — vor der Paulskirche. Hertrich gab aber schon damals zu: „Es ist — trotz dieses partiellen Eintretens in die Verantwortung — eine unmittelbare politische Wirkung erzielt worden, wie durch keine kirchliche Stellungnahme seit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß diese evangelischen Stellungnahmen weit über die Grenzen der Bundesrepublik beachtet wurden und vielleicht jenseits der Grenzen Entscheidungen mit beeinflußt haben.“

Die religiöse Argumentation in den verschiedenen Kundgebungen ist nicht einheitlich, obwohl sie in der Hauptsache von Pfarrern getragen wird und eine Art Wiederherstellung des Pfarrernotbundes von 1933 einzuleiten scheint (dieser entstand gegen die Einführung des Arierparagraphen in die evangelischen Kirchen). Die Reihenfolge ihrer Veröffentlichungen erinnert etwas an die alten Wege, auf denen sich einst das Feuer der Bekennenden Kirche ausdehnte. Es begann Anfang November im reformierten Westen in Leverkusen, d. h. eigentlich schon im Oktober in der Niemöller wohl besonders nahestehenden oberhessischen Gemeinde Hitzkirchen (bei Büdingen), sprang dann hinüber nach Dortmund (8. Nov.), erfaßte vier Wochen später von Düsseldorf aus Prominente des ganzen Westens einschließlich führender Theologen von Berlin-West, um sodann in der Frankfurter Erklärung eine Zusammenfassung mit konkreten politischen Vorschlägen zu finden, die den Bundestagsabgeordneten unterbreitet wurden und nun auch zahlreiche Unterschriften leitender Persönlichkeiten aller Berufe tragen.